Deutsche Rundschau in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 76 000 Mark. In den Ausgabestellen monatl. 74 000 Mk. Bei Postbezug monatl. 81 670 Mk. Unter Streifband in Polen monatlich 130 000 Mk., in Deutschland u. Danzig 15 000 000 dt. M. — Einzelnumm. 5000 M., Sonntagsnumm. 6000 M. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörg., Arbeitsniederlegung od. Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferg. der Zeitg. od. Rückzahlg. des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 3000 Mark, die 90 mm breite Reklamezeile 15000 Mk. Deutschland u. Freistaat Danzig 3000000 bzw. 15000000 dtsch. Mk. Uebriges Auslsnd nach Vereinbarung. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 10000 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 233. Bromberg, Freitag den 12. Oktober 1923. 47. Jahrg.

Der Konitzer Prozeß.

In der „Deutsch. Ztg. für Pommerellen" beschäftigt sich Dr. Krull in einem Leitaufsatz mit dem Konitzer Prozeß und schreibt u. a.:

„Den Tatbestand nochmals zu prüfen, wollen wir uns versagen, das wird hoffentlich schon in nächster Zeit Aufgabe des Revisionsgerichts sein, dessen Entscheidung vorzugreifen wir weder Wunsch noch Anlaß haben. Jedoch gestattet uns der Umstand, daß die Hauptverhandlung beendet ist, einen Blick in die Anklageschrift zu werfen. Wer die „Begründung" liest, glaubt einen Leitartikel des „Kurjer Poznański" vor sich zu haben:

„Die Deutschen, die von der Eroberung der Welt geträumt haben und im Jahre 1914 fast allen europäischen Mächten den Handschuh hingeworfen haben, haben, obgleich besiegt, nicht aufgehört, von Wiedervergeltung zu träumen und entziehen sich auf alle mögliche Weise der Erfüllung der durch den Versailler Vertrag ihnen auferlegten Verpflichtungen.

Insonderheit hören die Deutschen nicht auf, zu denken, von dem polnischen Staate diejenigen Provinzen wieder loszureißen, die sie zur Zeit der Teilungen Polens an sich gerissen haben, und auch denjenigen Teil von Oberschlesien, auf dem in geschlossener Masse eine polnische Bevölkerung wohnt, die durch wiederholte Aufstände bewiesen hat, daß sie zum (polnischen) Mutterlande gehören will."

Armer Scherff, mit den klaren verträumten Kinderaugen, die durch eine blanke Brille ruhig jedem Blick standhalten, wir wußten nicht, daß deine Träume dem Umsturz galten und glaubten, du dächtest am Aufstieg im Beruf, Verlobung und Hochzeit. Nun hören wir, daß du dazu bestimmt bist, die „Sünden" des Volkes, dem du durch Blut verbunden bist, zu sühnen. Die Deutschen — also alle wie sie da sind — sind die Unruhestifter der Welt (Poincaré sagt es uns noch jeden Sonntag), die Deutschen, warum also nicht auch Scherff und die anderen? Wir stehen mit beiden Füßen in der Politik.

Alles, was wir so gern hätten bewiesen sehen, daß der Deutschtumsbund geheime Verbindungen aufrechterhält, das gilt hier schon als gerichtskundige Voraussetzung. Wir hören im weiteren Text der Anklageschrift, daß die vorgenommenen Revisionen „untrüglich festgestellt" hätten, daß alle Bureaus „unter dem Kommando von Berlin" ständen. Und dies „Festgestellt" zieht sich in der Folge wie ein roter Faden durch die Anklageschrift, während jede Angabe von Beweismitteln fehlt. „Es ist festgestellt." Nicht „die von mir heranzitierten Zeugen, die beigebrachten Dokumente werden es dem Gericht wahrscheinlich machen", nein, „es ist festgestellt".

„Diese Organisation besitzt hier in Konitz ihr Büro, dessen Leiter der bekannte Hakatist und Polenfresser war, der frühere Koch des Marschalls Hindenburg und der spätere Redakteur der hier erscheinenden Zeitung „Konitzer Tageblatt", Kurt Winkler, dem Spionage nachgewiesen ist und der gerade am Tage der Hauptverhandlung heimlich nach Deutschland flüchtete; aber auch von da unterhält er, wie festgestellt ist, beständige Fühlung mit dem Büro des Deutschtumsbundes in Konitz, und ist, wie festgestellt worden ist, jetzt in Berlin einer der hauptsächlichsten polenfeindlichen Agitatoren."

Kurt Winkler, junger Brausekopf und Don Juan, aber niemals, auch nicht einen Tag lang, Leiter des Deutschtumsbundes. Er floh, gerade als er wegen einiger Artikel im „Konitzer Tageblatt" über Schießübungen und Fliegerhorste, die er polnischen Zeitungen entnahm, vor den Richter treten sollte. Wir sagen „als" und nicht „weil"; denn heute noch befände er sich wohl in Konitz, hätte er nicht aus persönlichen und völlig unpolitischen Gründen den Wunsch gehabt, zwischen sich und seine Konitzer Wirkungsstätte eine trennende Grenze zu legen. Hier liegt das „weil", das ein verzeihendes Lächeln abzwingt.

Scherff hat von dem Düsseldorfer Leiter eines Auskunftsbureaus für Auswanderer einen Fragebogen erhalten.

Der Angeklagte Scherff erklärt, daß er diesen Brief von dem Angeklagten Kiedrowski erhalten hat und gibt zu, daß er auf diesen geantwortet hat, was er geantwortet hat, ist sein Geheimnis — **aber man kann sich denken**, daß die von Scherff erteilten Auskünfte für die hiesigen Verhältnisse nicht schmeichelhaft waren.

„Es ist festgestellt" und „man kann sich denken". Für die Öffentlichkeit — das müssen wir feststellen — ist aus diesem Prozeß, der geheim geführt wurde, noch nichts festgestellt, und die Öffentlichkeit, die nur Anklage und Urteil kennt, kann sich noch gar nichts denken."

Der Fall Contag vor dem Sejm.

Interpellation

des Abg. Graebe und Gen. an den Herrn Justizminister wegen ungleichmäßiger Anwendung des Amnestiegesetzes gegenüber Redakteuren deutscher Nationalität.

Am 28. März d. J. wurden der ehemalige Hauptschriftleiter der „Deutschen Rundschau", Richard Contag, sowie der Schriftleiter derselben Zeitung, Johannes Kruse, von der Strafkammer in Bromberg wegen Preßvergehens, der erste in einem Falle aus § 131 und in fünf Fällen aus § 186 St. G. B., der andere aus § 131 in einem Falle, zu 1½ Jahren, bzw. zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Contag wurde, trotzdem er polnischer Staatsbürger ist, seinen ständigen Wohnort in Bromberg hat, angeblich wegen Fluchtverdacht sofort in Haft genommen. Die durch den Anwalt eingelegten Beschwerden gegen die Inhaftierung wurden abgewiesen, der Fluchtverdacht wurde damit begründet, daß C. sich zur Vernehmung nicht stellte, wodurch angeblich die Durchführung des Verfahrens unmöglich gewesen sei. Tatsächlich wurde festgestellt, daß C. nur einmal infolge Krankheit der Vorladung nicht Folge leisten konnte und sich nachträglich über das Nichterscheinen entschuldigt hatte. Dieser Tatbestand ging aus den Gerichtsakten hervor.

Gegen das Urteil wurde die Revision angemeldet, und die Revisionsinstanz in Posen kam in der Sitzung vom 22. 6. 23 zu einem Freispruch Contags aus § 186 und aus § 131 in einem Falle. Die übrigen Fälle wurden aus formellen und materiellen Gründen an die Strafkammer in Bromberg zur nochmaligen Verhandlung zurückverwiesen.

Die „Deutsche Rundschau in Polen", für die damals Contag verantwortlich zeichnete (die angeblichen Vergehen datieren vom Jahre 1921), ist eine politische Tageszeitung, die im versöhnlichen Geiste den Ausgleich der Gegensätze zwischen den Nationalitäten sich zum Ziele gesetzt hat. Auch diese Artikel, in denen das Gericht ein Vergehen erblickte, bezweckten lediglich die Wahrnehmung völkischer Interessen. Dies geht aus dem Inhalt der Artikel deutlich hervor.

Nach den Bestimmungen des Amnestiegesetzes sollen Strafen wegen Vergehen, die aus politischen bzw. völkischen Motiven begangen wurden, erlassen werden. Diese Motive sind im Falle Contag gegeben. Trotzdem wurde der Antrag des Anwalts auf Haftentlassung Contags unter Hinweis auf den entsprechenden Paragraphen des Amnestiegesetzes vom Bezirksgericht in Bromberg mit der Begründung abgelehnt, daß aus den Erklärungen des Angeklagten Contag und auch aus den Akten nicht hervorgeht, daß die ihm zur Last gelegten Vergehen aus Motiven begangen wurden, die dem Amnestiegesetz zugrunde liegen.

Wir betonen, daß, trotzdem die Revisionsinstanz bereits am 22. 6. d. Jrs. ihr Urteil gesprochen hat, bis jetzt noch kein Termin zu der angeordneten nochmaligen Verhandlung angesetzt worden ist, so daß Contag sich auch jetzt noch in Untersuchungshaft befindet.

Wir fragen den Herrn Justizminister an:

1. Ist dem Herrn Justizminister die willkürliche Anwendung des Amnestiegesetzes, welche bei den Gerichten in Bydgoszcz üblich ist, bekannt und was gedenkt er zu tun, um eine gerechte Durchführung des Gesetzes sicherzustellen?
2. Ist der Herr Justizminister bereit, die sofortige Haftentlassung des widerrechtlich festgehaltenen Redakteurs Contag anzuordnen?

Warschau, den 9. Oktober 1923.

Die Interpellanten.

Verletzung der Immunität deutscher Abgeordneter.

Interpellation

des Abgeordneten Graebe und Genossen an den Herrn Ministerpräsidenten, den Herrn Justiz- und Innenminister wegen Haussuchungen und Beschlagnahme von Schriftstücken in Arbeits- und Geschäftsräumen deutscher Abgeordneter.

Am 6. August erschienen in Bydgoszcz im Hause ul. 20. stycznia 20 r. Nr. 37, wo sich die Geschäftsräume der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat befinden, der Oberkommissar Laboga aus Posen mit einem Stabe von Polizeibeamten in Uniform und Zivil, um im Auftrage des Stadtpräsidenten von Bydgoszcz, Dr. Śliwinski, eine Haussuchung vorzunehmen. Obwohl der Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat den Stadtpräsidenten telephonisch darauf aufmerksam machte, daß sich in den Räumen der ersten Etage auch die Arbeitsräume und Geschäftszimmer der deutschen Abgeordneten befänden, hielt der Stadtpräsident seine Anordnung auf Durchsuchung dieser Räume aufrecht. Der Geschäftsführer machte den Oberkommissar Laboga ausdrücklich darauf aufmerksam, daß das Zimmer Nr. 8 das persönliche Arbeitszimmer des Abgeordneten Graebe sei. Trotzdem nahm der Oberkommissar in diesem Raume eine Durchsuchung vor und beschlagnahmte ein dem Abgeordneten Graebe gehöriges Aktenstück. Trotz des Einspruches des später anwesenden Abgeordneten Klinke wurde das Zimmer Nr. 14, in dem sich neben der Kasse der Landesvereinigung des Deutschtumsbundes auch die Kasse der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat befindet, versiegelt. Von der Durchsuchung des Zimmers Nr. 16, in dem der Abgeordnete Klinke arbeitete, nahm der Kommissar erst auf den energischen Hinweis des Abgeordneten Klinke auf die für ihn persönlich sehr unangenehmen Folgen der Störung der Tätigkeit eines Abgeordneten Abstand. Bei der am 14. 8. erfolgten Durchsuchung des Kassenzimmers Nr. 14 beschlagnahmte der Bücherevisor Wealikowski unter dem Beistand des Polizeibeamten Kaczmarek, welche beide wiederum auf Anordnung des Stadtpräsidenten Dr. Śliwinski kamen, mehrere Aktenstücke der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat, obwohl sie von dem anwesenden Geschäftsführer ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wurden, daß diese Papiere Eigentum der deutschen Abgeordneten seien.

In gleicher Weise verhielten sich Polizeiorgane in Starogard. Hier befindet sich in der Skarszewski-Str. Nr. 2 ein Büro der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat, welches unter der Leitung des Senators Hasbach steht. Am 7. 9. erschienen die Polizeibeamten Walentyn Iwanski und Leopold Jablonowski mit dem Wagenfabrikbesitzer Stephan Przeworski als Zivilzeugen bei dem Geschäftsführer des Starogarder Büros, Herrn Arendt, und forderten ihn auf, einer Durchsuchung des Büros in der Skarszewski-Str. Nr. 2 beizuwohnen. Arendt erklärte ausdrücklich, daß er die Durchsuchung der Geschäftsräume der deutschen Abgeordneten verweigern müsse. Trotzdem verlangten die Beamten Einlaß und durchsuchten die Räume von 12 bis nachm. 4 Uhr. Sie beschlagnahmten eine Reihe von Aktenstücken, die sie versiegelten. Ein Protokoll mit den Originalunterschriften liegt bei.

Das geschilderte Verfahren der Polizeiorgane in Bydgoszcz und Starogard, sowie die Anordnungen des Stadtpräsidenten Dr. Śliwinski widersprechen in eklatanter Weise dem Art. 21 der Verfassung. Maßnahmen der Behörden gegen Abgeordnete sind nur mit Einwilligung des Sejm zulässig, es sei denn, daß der Abgeordnete bei Verübung eines gemeinen Verbrechens auf frischer Tat ergriffen wird.

Wir richten daher an die Regierung die Frage, insbesondere an den Herrn Innen- und Justizminister:

1. Was gedenkt die Regieung zu tun, um derartige Eingriffe der Verwaltungsbehörden in die Rechte der Abgeordneten für die Zukunft zu verhindern,
2. Ist die Regierung bereit, die schuldigen Beamten wegen ihrer Übergriffe zur Verantwortung zu ziehen?

Warschau, den 9. Oktober 1923.

Die Interpellanten.

Mark und Dollar am 11. Oktober

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

100 p. M. = loko 700 000 d. M.
1 Dollar = 6 700 000 000 d. M.

Warschauer Börse

1 d. M. = 0,00017 p. M. 1 Dollar 690 000 p. M.

Aus dem Senat.

Warschau, 10. Oktober. (PAT.) Der Senat beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit einer Interpellation der Senatoren Woznicki und Posner in der Frage des Wirtschafts- und Finanzprogramms, sowie der Auslandsanleihe. In Beantwortung dieser Interpellation führte der Finanzminister Kucharski u. a. aus:

Bei Gelegenheit der Einbringung des Budgets in dem durch die Konstitution vorgeschriebenen Termin werde ich die Ehre haben, das Programm der beabsichtigten Aktion auf dem Gebiete des Wirtschafts- und Finanzwesens darzulegen. Aus dem Grunde habe ich mich an den Senat mit der Bitte gewandt, in keine Diskussion über dieses Thema einzutreten und keine Erklärungen zu fordern, da ich auf Grund des Materials und der Daten, die im Budget enthalten sind, nachweisen möchte, daß das, was ich sage, nicht leere Worte sind, sondern auch wirklich in die Tat umgesetzt werden soll. Was die in Umlauf befindlichen Gerüchte über die Bedingungen der Auslandsanleihe betrifft, so habe ich diese Frage ausführlich innerhalb der Regierung dem Staatsoberhaupt und auch der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Verhandlungen wurden eingeleitet, da die Regierung sich darüber orientieren wollte, ob sie auf eine Hilfe rechnen kann. Alles, was die Interpellanten „ungeheuerliche Meldungen" nennen, läuft der Wahrheit zuwider. Diesen Gerüchten zufolge soll die Regierung nationale bzw. Staatsgüter verpfändet haben. Man könnte vielleicht der Meinung sein, daß man sich in Anbetracht des Ernstes der Lage entschließen müsse, zu diesem Mittel zu greifen; daraus geht aber nicht hervor, daß konkrete Verpflichtungen ohne Wissen der gesetzgebenden Körperschaften eingegangen werden sollen. Gemäß der Konstitution wird die Regierung im Falle der Aufnahme einer Anleihe und der Hergabe von Pfändern sich an den Sejm und den Senat wenden, der ihr die Ermächtigung hierzu zu erteilen hätte. Da dies bis jetzt nicht eingetreten ist, sind alle diese Gerüchte verfrüht. Dagegen könnten konkrete Fragen die öffentliche Meinung beunruhigen, die mit den Lasten zusammenhängen, welche durch die vorbereitenden Transaktionen entstanden sind. Um eine politische Waffe in die Hand zu bekommen, wurden ungerechte Verdächtigungen erhoben, als ob die Regierung eine große Provision in Höhe von Millionen von Dollars gezahlt hätte, es wurden auch die Namen der Leute erwähnt. Die Regierung hat keine Vermittler in Anspruch genommen, sie hat direkt verhandelt und konnte daher auch keine Provisionen zahlen. Diese beiden Fragen, und zwar die des Verkaufs von Staatseigentum und die der Lasten der Vermittelung, waren gerade die Faktoren der Beunruhigung. Nach Aufklärung dieser Gerüchte betone ich, so schloß der Minister, daß die Regierung von ihrem Programm nicht zurückweichen und bei der Einbringung des Budgets in den nächsten Tagen vor dem Senat ihr Programm entwickeln wird.

Nach den Ausführungen des Ministers beantragte der Senator Woznicki die Eröffnung der Diskussion. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Termin der nächsten Sitzung wurde noch nicht festgesetzt.

Das Ermächtigungsgesetz.

Der Reichsrat des Deutschen Reiches hat in seiner Sitzung am 8. d. M. der Vorlegung des Entwurfs eines Ermächtigungsgesetzes mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit zugestimmt. Der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes lautet:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete für erforderlich und dringend erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden. Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf Regelung der Arbeitszeit und auf Einschränkungen der Renten und Unterstützungen der Versicherten und Rentenempfänger, der Sozialversicherung sowie der Kleinrentner. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen des Reichstags sofort aufzuheben.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung, spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft.

Die Zustimmung erfolgte mit 46 gegen 17 Stimmen bei Stimmenthaltung Thüringens. Dagegen stimmten außer einigen preußischen Provinzen Bayern und Mecklenburg-Strelitz. Der Reichskanzler ließ durch den Innenminister Sollmann erklären, daß er sich in allen Fragen, die für die Länder von einschneidender Bedeutung seien, mit dem Reichsrat fortlaufend in Verbindung halten werde.

Die Regierung und die Staatsbeamten.

„Nasz Przegląd“ berichtet unter dem 10. d. M.: Gestern richtete das Präsidium des Zentralverbandes der Staatsangestellten an die Klubs der Mehrheit, die die Vermittelung zwischen den Beamten und der Regierung übernommen hatten, ein Schreiben mit dem Ersuchen, den Beamten die Antwort der Regierung bis 6 Uhr abends mitzuteilen. In der Antwort erklärte Ministerpräsident Witos, er könne den Beamten Hilfe nur gewähren in den von der Statistischen Kommission festgesetzten Grenzen. Darüber hinaus ist Hilfe nur in natura (in Form von Kohle, Kleidung) möglich. Von der Auszahlung einer Beihilfe in Höhe des Gehalts von zwei Monaten könne keine Rede sein.

Sejmmarschall Rataj drückte seine Zweifel darüber aus, ob die Beamten im allgemeinen eine Beihilfe verlangen könnten, und empfahl, die Angelegenheit der Regierungskommission zu überweisen. In einer Sitzung kritisierten die Abgeordneten des P. P. S. (Sozialdemokraten) die Antwort, die Ministerpräsident Witos seinerzeit den Beamten gegeben hatte („Machen Sie, was Sie wollen“). Aus dem Sejm begab sich die Beamtenabordnung in das Lokal des Lehrervereins. Die Beamten beschlossen, einen Appell an den Sejm zu richten, worin um Berücksichtigung ihrer Forderungen gebeten wird. Der Vorsitzende des Komitees erklärte den Versammelten, daß er jede Verantwortung für das weitere Vorgehen ablehne.

Das Mieterschutzgesetz in der Rechtskommission des Sejm.

Warschau, 11. Oktober. (PAT.) Die Rechtskommission des Sejm beriet in ihrer gestrigen Sitzung über den Entwurf eines neuen Mieterschutzgesetzes. Den Mitgliedern der Kommission war vor der Sitzung der neue Text der Art. 2, 5 und 10 des Gesetzentwurfs eingehändigt worden. Der Referent, Vizemarschall Z. Seyda, erklärte, daß der neue Text der Art. 2 und 10 den Beschlüssen entspricht, die in der ersten Lesung in der Kommission bei der Festlegung der Lokalitäten gefaßt wurden, die von den Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes ausgeschlossen sein sollen, sowie bei der Festlegung der sogenannten wichtigen Gründe, unter denen Wohnungen gekündigt werden können. Der neue Text der Art. 5 und 6 enthält dagegen die Grundsätze für die Berechnung der Mieten, die von dem bisherigen Regierungsprojekt abweichen. Diese Veränderungen beruhen darauf, daß für das 1. Vierteljahr 1924 die Miete für Wohnungen bis zu sechs Zimmern **10 Prozent**, für Wohnungen bis zu sieben Zimmern, Läden usw. **20 Prozent** der Miete betragen soll, die im Jahre 1914 gezahlt wurde, und die nach dem Stande berechnet wird, den die polnische Landesdarlehnskasse am 15. 12. 23 für Goldmünzen der entsprechenden Valuta festsetzen wird. Vom 1. September 1924 steigt die Miete in der 1. Kategorie um 2 Prozent, in der zweiten um 3 Prozent, und beginnend mit dem 1. 4. 1925 soll die Miete, unter Zugrundelegung des 1. Vierteljahrs 1924 in demselben Verhältnis steigen, wie der Multiplikator der Gehälter der Staatsbeamten.

Das neue Projekt enthält auch die Verpflichtung der Hausbesitzer, Reparaturen bis zur Höhe der ganzen Miete ausführen zu lassen.

In der Diskussion ergriffen mehrere Redner das Wort. Der Vertreter der Polnischen sozialistischen Partei stellte den Antrag auf Vertagung der Beratungen bis zur Durchführung der Sanierung des Staatsschatzes. Hierauf wurde eine Reihe meritorischer Verbesserungen eingebracht. Die Abstimmung über die Anträge wurde bis zur Donnerstagssitzung vertagt.

Hilton Young stellt sich vor.

Warschau, 11. Oktober. (PAT.) Hilton Young, der dieser Tage hier eingetroffen ist, hielt in der gestrigen Pressekonferenz, die im Finanzministerium stattfand, folgende Ansprache:

„Ich freue mich außerordentlich, daß ich Gelegenheit habe, Polen einen Besuch abzustatten. Dies ist uns, d. h. mir und meinen Kollegen ein großes Vergnügen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß wir, wie alle unsere Landsleute, heiße Verehrer der Traditionen des polnischen Volkes, seiner Geschichte, Kultur und Kunst sind. Mit großer Sympathie bewunderten wir die Wiedergeburt Polens. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um in meinem Namen, wie auch im Namen meiner Kollegen meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die liebenswürdige Begrüßung, die wir bei der Ankunft in Polen erfahren haben. Mit besonderer Freude stelle ich fest, daß sich bei unserer wichtigen Arbeit auf dem Gebiete des polnischen Finanzwesens mit einem Mal harmonische Verhältnisse zur Regierung und ihrer Mitarbeiter herausgebildet haben, und ich habe die Hoffnung, daß diese von bleibender Dauer sein werden. Ich möchte unterstreichen, daß der Charakter meines Besuches vollständig inoffiziell ist und durchaus keine amtliche Bedeutung hat. In den heutigen Zeiten haben sich in allen Ländern Europas ähnliche Verhältnisse herausgebildet, und daher ist es eine nützliche Sache, daß diese Staaten unter sich Gedanken austauschen, um diese verwickelten Fragen auf das Beste zu lösen. Wie bereits gesagt, ist unsere Mission nicht amtlich, sondern hat lediglich eine beratende Bedeutung. Gegenüber den Gerüchten, die zwar nicht in der polnischen, jedoch in der ausländischen Presse verbreitet wurden, muß ich betonen, daß unsere Anwesenheit in Polen nicht im Zusammenhange steht mit irgendwelchen Verhandlungen über eine Anleihe. (Das ist sehr schade! — D. Red.) Weder ich, noch irgend jemand von meinen Kollegen wissen etwas über derartige Verhandlungen. Ich halte es auch nicht für das Ziel meiner Anwesenheit in Warschau, um mich mit Fragen dieser Art zu beschäftigen.

Ich möchte auch einige Worte über die Art und Weise sagen, wie ich unsere Arbeit einzuteilen gedenke. Ich möchte vor allem einen Plan auf Grund genauer Zahlen entwerfen, wobei ich großen Wert legen werde auf die Entgegennahme von Ansichten aller Art, sowohl aus politischen Kreisen, als auch von den Vertretern der Kaufmannschaft und der Industrie. Auf Grund dieser Angaben werden wir in einer Konferenz die Anschauungen austauschen, und sie zu Anträgen zusammenfassen können, und bei Beendigung meiner Arbeit werde ich nichtamtlich einen summarischen Bericht aus den Anträgen erstatten, zu denen wir bis zu dieser Zeit kommen werden. Ich gestatte mir noch, ein Wort und eine Warnung auszusprechen. Die Erfahrungen auf dem Gebiet der Finanzverwaltung haben mich davon überzeugt, daß der Weg, der zu einem finanziellen Wohlstand führt, nicht kurz sein kann. Jener Wohlstand kann bei den heutigen nachkriegszeitlichen Bedingungen nur durch schwere Arbeit und Opferwilligkeit erreicht werden. Es wäre verfrüht, hier schon über Einzelheiten zu sprechen. Schon jetzt haben meine eingeleiteten Ermittlungen zweifellos ergeben, daß die ökonomischen Grundlagen des polnischen Staates gesund sind, daß es aber großer Anstrengungen bedürfen wird, um das Budget, das sich auf diese Grundlagen stützt, zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Die Freunde des großen polnischen Volkes haben auch volles Vertrauen zu den gesunden Kräften und der Vernunft dieses Volkes und zu den großen polit[...] Talenten seiner Führer.

*

Hilton Young, der englische Finanzberater Polens, soll nach Warschauer Blättern galizischer Herkunft sein. Sein Vater soll galizischer Jude gewesen sein, in Galizien Landbesitz gehabt haben und seinerzeit nach England ausgewandert sein, wo er geheiratet hat und zum Christentum übergetreten ist.

Militärdienstpflicht in polnisch Oberschlesien

TU. **Kattowitz**, 9. Oktober. (Ostdienst.) Am 30. September fand in Ligotz bei Kattowitz eine Versammlung der Insurgenten statt, auf welcher eine Reihe schlesischer Abgeordneter sowie Delegierter der Hauptverwaltung des Insurgentenverbandes in Kattowitz anwesend waren. U. a. hat die Versammlung folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung verlangt vom Sejm, er möge schnellstens die Entschließung des schlesischen Sejm annehmen, die die Aufhebung des Beschlusses des Warschauer Sejm aus der Zeit des Aufstandes in Oberschlesien betreffend die Befreiung Oberschlesiens von der militärischen Dienstpflicht auf acht Jahre verlangt. Die oberschlesischen Insurgenten, welche auf anderen Tagungen die Einführung der militärischen Dienstpflicht in Oberschlesien verlangt haben, sehen im Beschluß des Warschauer Sejm, welcher den Militärdienst aufhebt, zwar den Willen, „der gequälten oberschlesischen Bevölkerung“ gewisse Zugeständnisse durch die Befreiung vom Heeresdienst einzuräumen, fühlen aber gleichzeitig, daß, wenn sie in der Kampfarmee der Republik nicht dienen, sie zu den Bürgern zweiter Klasse zählen, die von vielen Rechten, welche der Militärdienst zugesteht, ausgeschlossen werden. Außerdem sind die Insurgenten davon überzeugt, daß die Einführung des Militärdienstes in Oberschlesien die ganze Wojewodschaft von den staatsfeindlichen Elementen und solchen Personen, welche sich in Oberschlesien zwecks Entziehung vom Heeresdienst verbergen, säubern würde.

Streik in Oberschlesien.

Über die Ursachen des Streiks der oberschlesischen Gruben- und Hüttenarbeiter wird berichtet: Die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften forderte in Verhandlungen ab 1. Oktober eine 50prozentige Lohnerhöhung und eine Steigerung der sozialen Zulagen um 200 Prozent. Diese Verhandlungen führten zu keiner Einigung, sie wurden abgebrochen. Nachdem die Regierung in Warschau von diesem Abbruch der Verhandlungen Mitteilung erhalten hatte, entsandte sie sofort Vermittler, die am 2. Oktober die Verhandlungen mit den Arbeitgebern fortsetzten. Diese hatten das Ergebnis, daß den Arbeitern eine Lohnzulage von 26 Prozent bewilligt wurde. Mit dieser Regelung war die Arbeiterschaft nicht zufrieden, zumal sich die Teuerung von Tag zu Tag empfindlich steigerte. Sie nahm schon damals in Belegschaftsversammlungen und Betriebsrätetagungen zum Streik Stellung. Die Arbeitsgemeinschaft wandte sich darum am vergangenen Donnerstag an den Demobilmachungskommissar mit dem Ersuchen, sofort Verhandlungen mit den Arbeitgebern anzubahnen, da die Arbeiterschaft nicht mehr zu halten sei. Sie glaubte sich zunächst an die Entscheidung der Regierungsstellen halten zu müssen, die die Lohnerhöhung bis zum 15. Oktober festgesetzt hatte. Mit Recht war anzunehmen, daß bis dahin eine Änderung eintreten werde. Als aber bis Sonnabend vergangener Woche nichts geschehen war, setzten die Teilstreiks ein, die am Montag größeren Umfang angenommen hatten. Eine Anfrage beim Arbeitgeberverband, wie er sich zu weiteren Lohnverhandlungen stelle, ergab Bereitwilligkeit zu Verhandlungen, die für den Dienstag, 10½ Uhr, festgesetzt wurden. Die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften beschäftigte sich am Montag nachmittag in langen Beratungen mit der Lage. Während sie noch verhandelten, erschienen Abordnungen verschiedener Gruben sowie Werke und erklärten, daß am Dienstag sämtliche Gruben in einen 24stündigen Proteststreik eintreten werden. Dieser setzte auch gegen 8 Uhr fast vollständig ein.

Nach der Tel.-Union wäre es zwischen Arbeitgebern und -nehmern zu einer Einigung gekommen; am gestrigen Mittwoch sollte die Arbeit allgemein wieder aufgenommen werden.

Auch die Ostagentur meldet, daß der Streik beendet ist. Die Arbeitgeber hätten eine Lohnerhöhung bewilligt auf Grundlage der Berechnung der Statistischen Kommission vom 1. Oktober.

Die aktive Ruhrindustrie.

Im Reichstag gab Reichsinnenminister Sollmann im Namen der deutschen Reichsregierung folgende Erklärung ab:

„Die Herren Stinnes, Vögeler und Klöckner haben im Auftrage des bergbaulichen Vereins und in Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen Verhandlungen mit General Degoutte aufgenommen. Ihre Absicht, vor der Abreise zu diesen Verhandlungen mit dem Reichskanzler Rücksprache zu nehmen, kam nicht zur Ausführung, weil der Reichskanzler wegen der Regierungskrise und der damit verbundenen Besprechungen die Herren nicht empfangen konnte, als sie in der Reichskanzlei erschienen. Nach der Rückkehr von den Verhandlungen berichteten die Herren an den Reichskanzler unverzüglich das Ergebnis. Die heute in der Presse veröffentlichten zehn Fragen sind am Sonntag in Verbindung mit zahlreichem anderen Material übergeben worden und konnten bis zur Stunde weder von den beteiligten Ressorts, noch weniger vom Gesamtkabinett durchgearbeitet oder gar zur Unterlage von Entscheidungen gemacht werden. Die Reichsregierung konnte bisher zu den aufgeworfenen schwerwiegenden Fragen auch aus dem Grunde keine Stellung nehmen, weil die diplomatischen Vertreter des Reiches in Paris und Brüssel Anweisung erhalten haben, eine Meinungsäußerung der dortigen Regierungen über die mit der Arbeitsaufnahme am Rhein und Ruhr zusammenhängenden Fragen herbeizuführen, und die Berichterstattung hierüber zunächst abgewartet werden muß. Ich bitte das Haus, sich zunächst mit dieser Erklärung zu begnügen. Es wird ja zweifellos über die wichtigen Vorgänge im Westen weiteres zu sagen sein.“

*

Die Forderungen der Stinnes-Gruppe.

Die von Hugo Stinnes geführte Gruppe der Ruhrindustriellen hat, wie aus Reichstagskreisen mitgeteilt wird, der Reichsregierung folgende zehn Forderungen und Fragen überreicht:

1. Ersatz der seit der Ruhrbesetzung beschlagnahmten Kohle.
2. Ersatz der seit dieser Zeit zwangsweise erhobenen Kohlensteuer.
3. Beseitigung der Kohlensteuer für das Ruhrgebiet.
4. Garantie der Verfügung über alle künftig zu liefernde Reparationskohle.
5. Bevorzugte Belieferung des besetzten Gebietes mit Rohstoffen und Lebensmitteln.
6. Aufhebung des Kohlenkommissariats und der staatlichen Verteilungsorgane der Kohle im besetzten Gebiet.
7. Ermächtigung der Kommission der Industriellen, die Verhandlungen mit der Besatzungsbehörde weiterzuführen.
8. Ermächtigung der Kommission, mit den Besatzungsmächten laufende Fragen zu regeln.
9. Wie sollen sich die Industriellen zu der Regiebahn stellen. Wie stellt sich die Reichsregierung zu der Schaffung einer Eisenbahnbetriebsgesellschaft im besetzten Gebiet, an der das Rheinland, Frankreich und die Industrie beteiligt sind?
10. **Verlängerung der Arbeitszeit** auf 8½ Stunden unter Tage und 10 Stunden über Tage und Aufhebung sämtlicher Demobilmachungsverordnungen. Ist die Regierung bereit, uns in der Durchführung dieser Forderung zu unterstützen?

Diese Forderungen hat Hugo Stinnes an die Reichsregierung im Auftrage der sechs Industriellen, die mit General Degoutte verhandelt haben, nämlich Hugo Stinnes, Klöckner, Vögler, von Velsen, Lübsen und Dr. Silverberg, übermittelt und um Antwort bis Dienstag mittag ersucht.

Republik Polen.

Graf Potocki Mitaktionär der Laurahütte.

„Der österreichische Volkswirt“ teilt mit, daß die Grube Bosel und Weimann als hauptsächlichste Aktionäre der Laurahütte mit dem Grafen Potocki in Verhandlung stehen, um ihm einen Teil der Aktien der Laurahütte abzutreten. In diesem Falle würde Potocki und einer seiner Vertrauensmänner in den Aufsichtsrat eintreten. Das Blatt teilt mit, daß diese Transaktion auf Wunsch der polnischen Regierung erfolgt sei, welche Wert darauf lege, daß auch eine polnische Finanzgruppe Anteil an den Laurahütter Aktien habe.

Valorisation der Steuern.

Der Ministerrat beschäftigte sich dieser Tage mit der Valorisation der Steuern. Wie polnische Blätter melden, soll diese Valorisation festgesetzt werden im Verhältnis zum Zlotystand.

Mit gutem Beispiel voran.

Warschau, 10. Oktober. (PAT.) Der Präsident der Republik hat angeordnet, daß aus seinem Budget etwa 40 Prozent seiner Ausgaben gestrichen werden sollen. Der Präsident steht nämlich auf dem Standpunkt, daß vor allem sein Budget ein Beispiel der Sparsamkeit für alle Bürger des Staates in diesen schweren Zeiten, die der Staatsschatz der Republik durchzumachen hat, geben müsse.

Aus anderen Ländern.

Rumänische Uniformen nach polnischem Muster.

Bukarest, 10. Oktober. Der rumänische Gesandte in Warschau hat sich an den Kriegsminister mit der Bitte gewandt, Rumänien Muster der polnischen Uniformen und Rangabzeichen zu geben, welche dem rumänischen Könige bei seiner Anwesenheit in Warschau sehr gut gefallen haben. Wie man hört, will man sich bei der Neuuniformierung der rumänischen Armee an das polnische Vorbild halten.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 11. Oktober.

§ **Prozeß gegen ein Dutzend Schloßräuber.** Vor dem hiesigen Kreisgericht begannen gestern die Verhandlungen gegen zwölf Banditen, die wegen Verübung von Einbruchsdiebstählen auf verschiedenen Gutshäusern angeklagt waren. Es sind dieses: Anton Krawański, Anton Kwiatkowski, Bronislaus Włodarski, Leon Włodarski, Stanislaus Damaszyn, Antonia Damaszyn, Helene Kwiatkowski, Wladislaus Kurkiewicz, Max Kurkiewicz, Jan Sobierajski, Kasimir Kaczmarek und Anton Żubrowski. Größere Einbruchsdiebstähle sind den Angeklagten nachgewiesen in den Schlössern Potulitz und Lubostron sowie verschiedenen anderen Gutshäusern der Umgegend. Sie erbeuteten hauptsächlich Schmuck- und Wertsachen. Die Verhandlungen finden unter dem Vorsitz des Richters Bromierski statt, die Anklage vertritt Staatsanwalt Bażyński. Ein wesentliches Ergebnis konnte während der gestrigen Verhandlungen nicht erzielt werden, und der Prozeß wird vermutlich einige Tage in Anspruch nehmen.

§ **Beschlagnahme von Obst.** Auf dem hiesigen Bahnhof wurde ein Waggon mit Obst beschlagnahmt, der von Posen nach Danzig adressiert war, für den aber keine Ausfuhrgenehmigung vorhanden war.

§ **Gefunden** wurde ein Taufschein auf den Namen Karolina Jabłońska lautend. Die betreffende kann sich auf der Kriminalpolizei, Zimmer 71, melden.

§ **Diebstähle.** Aus dem Hause Elisabethstraße (Sniadeckich) 6a wurde eine Singer-Nähmaschine im Werte von 6 Millionen Mark gestohlen. — Ein Landwirt ließ in der Berliner Straße (Sw. Trojcy) sein Fuhrwerk vor einem Hause ohne Bewachung stehen. Als er zurückkam, hatte ein Dieb ihm vom Wagen einen feldgrauen Mantel entwendet.

* * *

* **Posen** (Poznań), 9. Oktober. Über einen Schwindlertrick wird berichtet: Am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, erschien in dem Uhrwarengeschäft der Firma Szubert, ul. Pocztowa, ein Mann, der sich als einen aus Lodz stammenden Tuchhausierer ausgab. Aus einem mitgebrachten Sack breitete der Unbekannte dann verschiedene Stoffe zum Kauf aus. Da nichts gekauft wurde, packte der Händler seine Sachen wieder ein. Nach seinem Fortgang bemerkte Szubert, daß ihm eine Weckeruhr (vernickelte Standuhr mit Musikwerk) verschwunden war.

* **Posen** (Poznań), 10. Oktober. Heute vormittag stattete die Polizei wieder einmal verschiedenen Kaffees der Innenstadt, in welchen sich die Devisenschieber von den Sorgen der vergangenen Nacht zu erholen pflegen, einen unerwarteten Besuch ab. Es wurden zum Leidwesen ihrer Besitzer einige Hundert Dollars beschlagnahmt. Den „Pos. N. N.“ zufolge beabsichtigt die „Schwarze Börse“, deshalb in einen 24stündigen Proteststreik (?!) zu treten. (Na, na!)

Die National-Edukations-Kommission.

Zum 150. Gedenktage ihrer Entstehung.

Die Entstehung dieser Erziehungskommission fällt in das Jahr 1773. Der Sejm nach der erfolgten ersten Teilung Polens (Sejm porozbiorowy) hatte unter anderen wichtigen Beschlüssen auch den gefaßt, eine Kommission für Unterricht und Erziehung zu bilden. (Beschluß vom 14. Oktober 1773.) Gedacht war diese Kommission (National-Edukations-Kommission — abgekürzt: NEK.) zunächst nur für die Jugend des Adels (Komisja nad edukacja młodzi szlacheckiej), hat aber ihr Tätigkeitsgebiet auch auf die städtischen und Dorfschulen (Parochial- oder Pfarrschulen) ausgedehnt. So wie die Konstitution vom 3. Mai Bedeutung hat für das Staatswesen Polens und dessen Entwicklung, so ist die NEK. bedeutungsvoll und grundlegend für das Erziehungs- und Unterrichtswesen Polens. Beide sollten die durch die Zeitumstände brennend gewordene Frage der Rettung des Reiches lösen helfen. Haben sich diese Hoffnungen auch nicht erfüllt (es folgten doch die zweite und dritte Teilung des Reiches) so sind dennoch die Richtlinien und die Arbeiten der NEK. äußerst wichtig für das Volk gewesen und das Programm der NEK. ist wiederholt von verschiedenen Männern des Reiches zu verwirklichen versucht worden.

Erstmalig wird durch das Gesetz das gesamte Erziehungs- und Unterrichtswesen verstaatlicht und den Privatpersonen bzw. Verbänden entzogen. Denn bis dahin ruhte das Schulwesen in den Händen der Jesuiten und anderen Geistlichen. Beide kämpften um die adlige Jugend einen aussichtslosen Kampf, in dem die Jesuiten ja überall überlegen waren. So wäre hier zu erwähnen, daß Pfarrer Stanislaus **Konarski** bereits 1740 die Ritterakademie (Collegium nobilium) gegründet und vorher als Reformator der an den Piaristenklöstern vorhandenen Schulen gewaltige Arbeit für die Hebung und Besserung der Jugendbildung geleistet hat. Dabei hat er nicht nur den Lateinunterricht verbessert, und die Scholastik zurückgeschoben, sondern vor allem den Unterricht in der Muttersprache neu eingeführt, also: Polnisch, Geschichte und Geographie und nationales Recht. Die Fächer Mathematik und Naturwissenschaften wurden bedeutend erweitert und an den Hochschulen lebten neu auf Astronomie und Physik unter Ausnutzung der in den westlichen Ländern geleisteten Fortschritte und Neuerungen dieser Wissenschaften. **Konarski** selbst hat gesammelt und herausgegeben u. a.: „Polnisches Recht und Gesetze", welche Zeitschrift nach seinem Tode die Piaristen weiterhin erscheinen ließen.

Von der Ausbildung oder Beschulung der übrigen Jugend in Dorf und Stadt war bis 1773 fast nirgends die Rede. Diese Art Schulen waren in Händen unausgebildeter Personen, standen auf einer sehr niedrigen Stufe und gaben reiche Gelegenheit zu berechtigter Kritik. Im Jahre 1773 nun wurde der Jesuitenorden aufgehoben, alle seinen höheren Schulen, die er fast 200 Jahre unterhalten hat, mußte er aufgeben; der Staat war gezwungen, diese Schulen selbst in die Hand zu nehmen und dies geschah durch die von Gesetzes wegen vorgesehene NEK. Klar und mit zäher Ausdauer stellte sie sich auf den Grundsatz, daß die Erziehung und Bildung **aller** Volksschichten nunmehr Aufgabe des Staates sei. Innerlich begründet durch die Gefahr des Unterganges des Staates, erhielt die NEK. auch verdiente Bedeutung und Ansehen und bekämpfte erfolgreich die gegen sie auftretenden Gegner und Hindernisse.

Der Präsident der NEK.. Bischof Ignaz **Massalski** in Wilna — später Michael **Poniatowski**, der Bruder des Königs — begann seine Tätigkeit mit der Ausarbeitung der Satzungen der Kommission, die im Jahre 1783 erschienen (Ustawy Komisji Edukacji Narodowej w Warszawie). Dieser Kommission gehörten noch acht Mitglieder an — vier Sejmabgeordnete und vier Senatoren — unter ihnen bekannte Namen wie: Andreas **Zamojski**, Ignaz **Potocki**, Adam **Czartoryski**, Hugo **Kołłątaj**, der Reformator der Krakauer Hochschule, und als Sekretär Gregor **Piramowicz**, der bedeutendste Pädagoge seiner Zeit. Wenn auch viele Bestimmungen der Satzungen der NEK. die Lebensprobe nicht bestanden haben, so ist doch zweierlei als Verdienst festzuhalten:

Die Grundlage der heutigen Schulpraxis und die Postulate über die Erziehung.

Zum ersten ist hinzuzuzählen das Unterrichtssystem, wie es damals in Europa nirgends zu finden war, was sowohl die Unterrichtsfächer als auch die Unterrichtsweise anbelangt. Zum zweiten gehören die Grundsätze über die Organisation des Schulwesens im nationalen Sinne. Was über den Stand der Erzieher beispielsweise gesagt ist, hat heute noch Wert und Gültigkeit: Angesichts der Heiligkeit des Lehrerberufs, empfiehlt die NEK. in ihren Satzungen die Organisation aller Lehrpersonen in einen besonderen Akademischen Stand, der nach Berufung und Wahl nur das **eine** Ziel kennt, durch öffentliche Erziehung dem Volke unablässig gebildete, tugendhafte und tüchtige Menschen zuzuführen. Die einzige Beschäftigung der Mitglieder des Akademischen Standes soll die Ertüchtigung der Jugend sein zum heiligen Glauben, reinen Sitten, Vaterlandsliebe, Volksrecht und den nützlichsten Lehren der menschlichen Gesellschaft. Ohne die Freiheit des Menschen und Bürgers anzutasten, schreibt die NEK. dennoch den Mitgliedern des Akademischen Standes genau vor, wie sie in erfolgreichster Weise ihren Beruf auszuüben haben unter Wahrung einheitlicher Geistesrichtung und Erziehungsgrundsätze (skład ducha i prawideł edukacji).

Genau vorgeschrieben war die Organisation des Akademischen Standes, seine Verwaltung und Leitung, deren oberste Behörde die Kommission selbst war. Die Oberleitung über die mittleren Schulen erhielten die Rektoren der Universitäten in Krakau und Wilna. Ebenso genau waren die Vorschriften über die Aufnahme in den Akademischen Stand, über den Gang der Ausbildung und aller Prüfungen. Standen doch die Kandidaten während ihrer Studienzeit unter dauernder Aufsicht, und jeder mußte sich zu sechsjähriger Lehrtätigkeit verpflichten. Wer infolge Mittellosigkeit während der Ausbildung Stipendien erhielt, mußte in den sechs Pflichtjahren auf die Dienstzulagen verzichten. Bezeichnend und allerdings einengend waren die Vorschriften über gleiche Behandlung, gemeinsame Wohnung und Speisung.

Bemerkenswert sind auch die Satzungen der NEK., soweit sie die Ziele der **Erziehung und Bildung** betreffen. Zweifach sind die Forderungen: „Alles, was zur besonderen Glückseligkeit des Einzelmenschen beiträgt" und „Alles, was zum Glück der Gesamtheit dient" ist zu lehren. In der ersten Forderung ist Gesundheit als erstes genannt und mithin die physische Erziehung gefordert, körperliche Ertüchtigung an erste Stelle der Erziehung gerückt. Es wird deshalb die Erziehung vor der Schulzeit und während derselben gefordert. „Fehler und Untugenden infolge vernachlässigter häuslicher Erziehung erschweren unsäglich die Schularbeit und hindern die Fortschritte derselben." Daß über Spiel und Sport, über Abhärtung und Ertragen von Beschwerden manches gesagt ist, was heute noch Gültigkeit hat, ist darum selbstredend. Und ebenso verständlich ist, wenn über den Unterricht Sätze zu lesen sind, wie: Der Unterricht sei leicht, wie eine Unterhaltung, ein Spiel. Zwang, Tadel und Rügen töten die geistige Lebendigkeit des Kindes. Das eigene Beispiel des Lehrers wirkt mehr als alle Reden über Frömmigkeit, Pünktlichkeit, Achtung vor der Obrigkeit, Wahrheitsliebe usw. . . . Bei Streitigkeiten zwischen Schülern wird empfohlen die Einrichtung von Schülergerichten, zu welchen jede Partei ihre Richter wählt. Erst wenn diese Gerichte den Streit nicht schlichten können, greift der Lehrer ein, später der Rektor, endlich der Visitator und der Rektor der Hauptschule (Hochschule).

Für den **Moralunterricht** gab es besondere Lehrer und besonders vorgeschriebene Fächer. Er war vom eigentlichen Religionsunterricht getrennt und nahm einen breiten Raum im Unterritchsplane ein. Neben diesen Fächern gab es humanistische und reale Unterrichtsgegenstände, unter welchen zu bemerken wären: Vermessungen von Feldern, Kenntnis der Bodenarten, Gartenbau, Hygiene und Tierheilkunde. Sehr gut war die Einrichtung, daß über je zehn Schwache, also weniger Begabte, ein Aufseher und Helfer gesetzt war, welcher sich dieser zehn besonders annahm und sie förderte. Daß über Christenlehre, Gottesdienste und religiöse Übungen besondere Vorschriften erlassen wurden, kann uns nicht wundern, da ja der moralischen Beeinflussung der Jugend ein sehr großer Wert beigemessen wurde.

Waren somit für die mittleren Schulen, welche von den Jesuiten übernommen oder neu angelegt wurden, genügend Vorschriften für die Lehrenden und Lernenden gegeben und haben sich diese auch sehr gut bewährt, so kamen für die **Volksschulen** solche Grundsätze und Weisungen kaum in Frage, da es keine — oder wie eingangs angeführt, nur wenige — gab. Hier mußte erst die Organisation einsetzen und Schulen überhaupt erst ins Leben rufen.

So einig man sich heute ist über die Anerkennung der Erziehungsgrundsätze der NEK., so weit gehen aber auch die Urteile auseinander, wenn es sich um Bewertung der **Erfolge** der Kommission handelt. Kann man den Erfolgen an den mittleren Schulen ohne weiteres Lob spenden, so muß man bei den Elementarschulen **nur den guten Willen** anerkennen, solche zu gründen und lebensfähig zu erhalten. Hier hat die NEK. emsige Arbeit begonnen, doch konnte sie sich nicht entwickeln, da die geschichtlichen Ereignisse es hinderten. „Eine gute Saat war es, die hier gestreut wurde, aber sie hatte nicht Zeit aufzugehen" (Zeitschrift für Geschichte d. Erz. I. 154 1911), deshalb lauten die Berichte (die sogen. „Rapporte") der Okkupationsmächte — hier ist nach dem Material berichtet, welches die preußische Besitzergreifung zeitigte — dahin, daß es eigentliche Dorfschulen gar nicht gegeben hat, und die Pfarrschulen in sehr schlechtem Zustande waren, oft ohne Lehrer (Organisten), sehr selten mit einem befähigten Lehrer, fast nirgends im eigenen Schulgebäude. Schuld daran war vor allem die Mittellosigkeit des Staates, die Armut der Gemeinden, oft auch die Widersetzlichkeit jener besitzenden Kreise, die die Schule hätten einrichten können. Waren nämlich für die mittleren Schulen reiche Mittel bei Auflösung des Jesuitenordens dem Staate in die Hände gefallen, welcher sie seinerseits der NEK. überließ, so gab es für die Elementarschulen und deren Einrichtung und Unterhaltung keine Mittel. Waren somit die Satzungen der NEK., soweit sie das Elementarschulwesen betreffen (Kap. 22, 10 Abschnitte), sehr heilsam und zweckentsprechend — wenn auch über sehr wesentliche Dinge, wie Schulhäuser, Bildung und Einkommen der Lehrer nichts gesagt ist — so konnten sie selber keine neuen Schulen plötzlich schaffen. Es ist deshalb der Bericht, den Alfred **Szczepański** 1873 gibt in: „Schulen und Erziehung in Polen" (Szkoły i wychowanie w Polsce" sehr zutreffend, wo als Gründe für den Verfall der Dorfschulen **vor 1773** angeführt werden: **„Die vollständige Gleichgültigkeit des Staates, der entschiedene Widerstand des Adels gegen die Aufklärung des Volkes, die beispiellose Nachlässigkeit der Geistlichkeit, das Erlöschen des Protestantismus und der Mangel an irgendwelchen festen Einnahmen."** Gegenüber diesen traurigen Verhältnissen waren auch die sehr guten Satzungen der NEK. leider machtlos und deshalb blieb es, wie es der Erzpriester **Libor** in seinem Berichte treffend sagt: **„Auf dem Lande wuchsen die Kinder ohne Erziehung und Unterricht auf, wie wilde Bäume."** Trotzdem kann den Verdiensten der NEK. um die Hebung und Besserung der Bildung die Anerkennung nicht versagt werden.

K.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 11. Oktober.

Verdoppelung der Postgebühren.

Die Post-, Telegramm- und Fernsprechgebühren werden ab 15. Oktober um 100 Prozent erhöht, d. h. verdoppelt. Danach kostet ab Montag, 15. d. M., im Inlande ein Brief bis zu 20 Gr. 6000 M., eine Postkarte 3000 M., Auslandsbriefe bzw. Karten 10 000 bzw. 6000 M. Auch die Telegramm- und Fernsprechgebühren werden verdoppelt.

Die betreffende Verordnung des Post- und Telegraphenministeriums ist in der vom 13. Oktober datierten, schon heute früh hier eingegangenen Nummer des Amtsblatts der genannten Zentralbehörde abgedruckt mitsamt den einzelnen Gebührensätzen.

Diese neueste Erhöhung der Postgebühren ist einigermaßen überraschend gekommen, da vorher darüber noch nichts verlautete. Bekanntlich wurden am 1. Oktober die früheren Gebühren um 200 Prozent erhöht, also verdreifacht. Die jetzt bevorstehende Verdoppelung der zurzeit gültigen Sätze bedeutet also, daß die noch am 30. September geltenden Gebühren ab 15. Oktober auf das **Sechsfache gesteigert** werden.

Die Erhöhung der Postgebühren seit Beginn dieses Jahres bis jetzt sei an einem kleinen Zahlenbeispiel, dem Porto für einfache Inlandsbriefe klargelegt. Dieses Porto betrug ab 15. Februar 300 M., ab. 1. April 500 M., ab 1. September 1000 M., ab 1. Oktober 3000 M., ab 15. Oktober 6000 M. Am längsten, nämlich fünf Monate, „gehalten" haben also die „Sommergebühren" (1. April bis Ende August), während die bevorstehende Verdoppelung der letzten Erhöhung schon nach 14 Tagen folgt.

---

§ **Die Gebühren in den staatlichen Gymnasien.** Die in den staatlichen Gymnasien von den Schülern in manchen Fällen zu zahlenden Gebühren sind durch ministerielle Erlasse genau bestimmt. Danach werden erhoben: Aufnahmegebühr 2000 M., Prüfungstaxe für die 2. oder eine höhere Klasse (ausgenommen die 8.) 5000 M., Prüfungsgebühr für die 8. Klasse 8000 M., Gebühr für die Reifeprüfung 5000 M. (für Extraneer 30 000 M.), für Zeugnisduplikate (halb- oder ganzjährig) 1500 M., für ein Reifezeugnisduplikat 4000 M. Außerdem sind laut Ministerialverfügung folgende Gebühren zu erheben: für den Bewegungsspielfonds halbjährlich 1000 M., für den Gebrauch von Materialien halbjährlich 20 000 M., oder jährlich zusammen 42 000 M. von jedem Schüler, zahlbar in zwei Halbjahresraten, und zwar im September und Januar. Ferner hat das Ministerium die Schulbehörden beauftragt, von den Schülern Gebühren zu erheben für Zeugnisse und Bescheinigungen, wie z. B. zu militärischen Zwecken, für die Erlangung von Fahrpreisermäßigungen, weiter für Drucksachen, die bei der Gewährung der ärztlichen Schülerfürsorge notwendig werden, — Gebühren, die den Ausfertigungskosten dieser Papiere entsprechen. Von der Bezahlung vorstehend aufgeführter Gebühren kann niemand befreit werden. Lediglich bei der Bezahlung der Taxe für die Materialbenutzung (halbjährlich 20 000 M.) sind gewisse Ausnahmen zulässig (bei Kindern von Staatsbeamten, Lehrern, Kriegsinvaliden, sowie unvermögenden Eltern).

§ **Die Auslandstelegramme von Polen** sind vom 3. Oktober ab teurer geworden. Der Goldfrank wird mit 65 000 polnischen Mark berechnet.

§ **Zur letzten Preiserhöhung für Zigaretten, Zigarren und Tabak** schreibt uns Herr Julian Król, als Vorsitzender der Tabakindustriellen, Sitz Bromberg: „Obwohl wir Fabrikanten infolge der dauernden Erhöhung so gut wie nichts mehr zu tun haben, trat die Erhöhung doch ein. Wir sind gerade dabei, die neuen Preislisten zu formieren — doch der Dollar übertrumpft uns schneller. Die Verkaufspreise sind infolgedessen mit dem 9. Oktober um weitere 100 Prozent erhöht worden — also nach fünf Tagen — und ich kann schon heute versichern, daß dies noch nicht die letzte Erhöhung in diesem Monat sein wird."

§ **Festgenommen** wurden gestern 6 Personen, 4 Dirnen, ein Betrunkener und ein Landstreicher.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki, Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.
Hierzu: „Der Hausfreund" Nr. 81.

Statt besonderer Anzeige.

Am 1. Oktober verstarb nach kurzem, schwerem Leiden mein inniggeliebter Mann, unser treusorgender, guter Vater, Bruder, Schwiegersohn, Schwager, Onkel und Neffe, der 10026

Zivilingenieur

Nikolaus Schneider

im Alter von 53 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen

Frau Auguste Schneider
geb. Rust.

Die Beerdigung hat am 4. d. Mts. in Jena stattgefunden.

Jena, Sellierstraße 3.

Statt besonderer Mitteilung.

Heute nachmittag 4 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden unser lieber treusorgender Vater, Schwiegervater und Großvater, der Rentier

Otto Strube

im 71. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen

Gertrud Klose geb. Strube
Vally Strube
Ilse Strube
Ferdinand Klose, Distriktskommissar a. D.
Heinz Klose.

Koronowo, den 10. Oktober 1923.

Die Beerdigung findet am Montag, den 15. Oktober, nachm. 3½ Uhr, in Koronowo von der Leichenhalle aus statt. 11558

Versteigerung.

Freitag, d. 12. Oktober, nachm. 2 Uhr, werde ich **ul. Jagiellońska 4,** Hof, 1 Treppe 11531
1 Gobelin-Garnitur, 1 Sofa, 4 Sessel, 2 Hocker, 1 Tisch, ferner 3 gute Plüsch-Sofas, Schränke, Tische, Stühle, Regulator, 1 Waschtoilette m. Marmor, Bettgestelle mit u. ohne Matratzen, 6 Chaiselongues, 1 Komm., 1 Teppich, 1 Kinderwagen, Portieren, 1 Badewanne mit Gasofen u. Zubeh., 1 Handnähmaschine, 1 Krankenfahrstuhl, 1 Registrier-Kasse, Schuhe, Garderobe und vieles andere freiwillig meistbietend versteigern. Besichtigung von 11 Uhr ab.

Ignacy Kaczor,
Auktionator und Taxator
Kont.: Jagiellońska 4. Telefon 1851.

Besitzer in Polen

Nähe Bromberg, sucht Verbindung m. Besitzer in Deutschl., mögl. Nähe Dresden, zwecks Austausch von Lebensmitteln an gegenseit. Verwandte. Off. u. D. 9967 an die Gst. d. Dt. Rdsch.

Hausschneiderin empf. sich aufs Land. Off. u. L 11542 a. d. Gsch. d. Z.

---

2 Millionen

erhält derjenige, der mir zu meinem 11536

Pferd

braun. Wallach, 5 J. alt, d. mir von der Wiese abhanden gekommen ist, verhilft oder dasselbe wiederbringt.

Kukuk, Osowagóra.

Geldmarkt

Ingenieur

mit mehrjähr. techn.-kaufmänn. u. Administrations-Praxis, im Besitz v. 250 Millionen Kapital u. ausgedehnt. Beziehungen, möchte als tätiger 11530

Teilhaber

einem gewerbl. oder kaufm. Unternehmen beitreten. Offert. unt. **Nr. 4101** an Exped. **C. B. „Expreß".**

Pianos, Flügel Harmonien

werden sachgemäß von geschulten Kräften **repariert und gestimmt.** 9592
Aufarbeiten alter Instrumente billigst.

Pianohaus B. Sommerfeld,
Bydgoszcz, Sniadeckich 56. Telf. 883.



Puppen-Reparaturen

Habe alle Ersatzteile, Puppen-Perücken.

Puppenklinik :-: Haarfabrikation.
Dworcowa 15. 8770

Stellengesuche

Gemeindeamts-Sekretär
und ehemal. Polizei-Inspektor

einer Provinzstadt Kleinpolens, Deutscher, evangel. Religion, ledig, 36 Jahre alt, der deutschen und polnischen Sprache in Wort u. Schrift vollkommen mächtig, sucht entsprech. Anstellung ab 1. November l. J.

Gefällige Anträge bitte an Adresse:
Fr. Dreßler, Lwów (Lemberg), Szeptyckich 32, 2. Stock, zu richten. 11544

Ingenieur

28 Jahre, mit 5jähr. Praxis i. allg. Masch.- u. Dampfkesselbau, sucht Stellung. Offerten erbeten unter **M. 10013** an die Geschäftsst. d. Z.

Ev. jg. Mann mit höh. Schulbildung, d. poln. Sprache mächt., sucht Stellung als

Wirtschafts-Eleve.

Offerten mit Antrittsbeding. unt. **P. 10020** a. d. Geschäftsst. d. Z.

Holz-Kaufmann

29 J. alt, ledig, in ungekündigter Stellung, wünscht sich z. 1. 1. 24 zu verändern als **Abnahme-, Platz- oder Einkaufs-Beamter.** Gute Fachkenntn. nebst Empfehlungen vorh. Offerten erbeten unter **B. 11516** an die Geschäftsstelle dies. Zeitg.

Lediger

Molkereibesitzer

sucht anderweitig ein.

Vertrauensposten.

Beteiligt sich auch an **Molkereibetrieb,** auch in verwandten Unternehmungen. Richtet in passender Gegend eine Molkerei ein. Gfl. Offerten sind unter **R. 10938** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Suche für meine 20-jährige Tochter, welche durch den Ausbruch des Krieges gezwung. war, in meiner Druckerei tätig zu sein und ihre Gesellenprüfg. in Posen abgelegt hat, Stellung mit Familien-Anschluß möglichst bald 10021

zur Erlernung des Haushalts

in besserem Hause, Gut oder Landwirtschaft.

Fritz Gärtner,
Leszno, Comeniusza 30.

Stenotypistin (Anf.) s. Stellg. Gfl. Angeb. unt. E. 11529 a. d. Gst. d. Ztg.

Näherin sucht Beschäftigung außer d. Hause. Off. u. A. 11519 a. d. Gesch. d. Z.

Offene Stellen

Von sofort od. 1. 11. jüngerer, energ., evgl.

Wirtschaftseleve oder Inspektor

gesucht. 9864

H. Temme,
Król. Dąbrówka, Niewałd.

Buchbinder

der mit der Kartonfabrikation (Einstellen u. Bedienen von Kartonagenmaschinen vertraut ist), per sofort gesucht. 10029

Fabryka papierosów. tytoni i gilz „Druh",
Bydgoszcz,
ul. Poznańska 28.

Müllergeselle

m. Sauggasmotor vertraut, in der Müllerei gut bewandert, **sofort gesucht.** Off. m. Zeugn. u. Gehaltsanspr. erb.

Motormühle 10019
Rymer i Ska., Chełmża.

Tüchtige 9785

Tischlergesellen

stellt ein **H. Matthes,** Möbelfbr. Garbary 20.

Mehrere tüchtige

Großstückschneider

auf Werkstatt sof. verl.
Jehkabson, 11479
Piotra-Skargi 8, II.

Herrschaftlicher

Kutscher

unverh., sucht v. 1. 11. od. fr. Stellg.; gute Zeugnisse vorh. Angeb. sind zu richten u. **E. 11432** an die Geschäftsst. d. Z.

Lehrling

Sohn achtb. Eltern, gt. **Zeichner,** v. sof. gesucht.
A. Josewitz, 11515
Graveur-Meister.

Molkereilehrl.

kann sofort oder später hier eintreten. 11469

Molkerei-Genossensch. Trzeciewiec,
Station Kotomierz.

---

2 jüngere

Arbeitsburschen

stellt ein 11425
K. Herzberg, Möbelfabrik,
Okole, Stara Szkólna 7.

Arbeitsburschen

unter 16 Jahren stellt sofort ein 9994
Naruszewicza 2.

Maschinen-Strickerinn.

für Strümpfe und Socken

werden bei hoh. Lohn eingestellt. 9991

H. Lange,
Bydgoszcz,
ulica Mazowiecka 8,
2 Treppen.

Suche z. bald. Antritt **junges evangl.**

Mädchen

zu meiner persönlichen Unterstützung in klein. Landhaush. bei Fam.-Anschl. Off. evtl. m. Bild und Gehaltsanspr. erb.

Frau Oberinspektor
Kopper, Jajkowo,
pow. Brodnica. 9998

Eine ältere

Wirtin

für kleinen Gutshaushalt und einen **Wirtschafts-Eleven** sucht von sofort 10000

Rittergut **Plowez,**
Post- und Bahnstation
Ostrowitt, pw. Lubawa.

Jung. Aufwärterin

von sofort gesucht.
Gabriel, 9995
Naruzewicza Nr. 2.

Für kl. Haushalt auf dem Lande wird 10014

Stütze oder bess. Wirtschaftsfrl.

mit Familienanschluß gesucht. Mädch. vorh. Zeugn. u. Gehaltsansp. an Frau Oberinspektor **Mühlhäußer, Falmierowo,** pow. Wyrzysk.

Kinderl. Ehep. sucht v. sof. **1 Dienstmädchen.**
11511 **Danzigerstr. 85, I, r.**

An- u. Verkäufe

Wollen Sie

verkaufen?

Wend. Sie s. vertrauensvoll an **S. Ruszkowski, Dom Osadniczy, Poln.-Amerikanisch. Büro für Grundstückhdl,** Herm.-Frankest. 1a. Tel. 885 9755

C. Wetzker.

An- und Verkauf von

Gütern

sowie 7805

Grundstücken

jeder Art.
Bydgoszcz, ul. Długa 41.

---

1 Pferd

f. **Landwirte** geeig. z. vk.
Brbg. Wirtsch. Verein
11508 Pomorska 39,

Sprungfähige

Zucht-Eber

veredelt. Landschwein, hat abzugeben 10012

Rittergut Gondecz,
pow. Bydgoszcz.

Wolfshund

8 Wochen alt, zu verkaufen. **Rollauer,**
Okole, Berlińska 8, I.

Ein scharf., dressiert.

Wolfshund

steht z. Verkf. Okolo, Berlinska 88. I, r. 11503

Frettchen

gut jagend, Pärchen, zu verk. Zu erfr. unter **B. 11526** a. d. Gst. d. Bl.

Wer verkft. gut erh. Pianino? Off. u. **D. 11528** a. d. Gschst. d. Z.

Sofas Chaiselongues Club- u. Salon-Garnituren

auch Sofa- u. Chaiselongue-Gestelle
verkaufen günstig 9969
Bocianowo 4.

Schreibsekretär,

türkisches Tuch, Servante, Vitrine, Teppich zu kauf. ges. Off. unt. **Nr. 4082** an Anc.-Exp. **C. B. Expreß,** Jagiellońska. 11340

Kaufe stets z. Höch. pr. **gebr. Möbel, Nähmaschin., Fahrräder, Sportwagen.**
Okole, ulica Jasna 9.
Jakubowski. 11308

Küche

neu, billig zu verkauf.
Janeczek, Sw. Trójc. 30, 1 Tr., von 12-2. 11509

Korbklubgarnitur

z. vk. **Nakielska 2,** 2. Etg.
11507

Gut erhaltene 11504

Klubgarnitur

z. k. gs. Dworcowa 18. II.

Klub-Garnituren

(neue, Gobelin) z. verk.
Plac Wolności Nr. 2, prt., rechts. 11525

Kaufe

sofort p. Kasse 1 Herrenzimmer, 1 Klavier od. Flügel, 1 Teppich bis 2½ × 3½ m und einige einfach. einzeln. Möbel. Off. u. **J. 11540** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Ein modernes

Küchenspind

preisw. z. v. **Schmart,** Jagiellonska 35, II. 11545

Nähmaschine, Kinderwagen zu verkauf. 11522
Pomorska 58, I, l.

Gebrauchte **Singer-Nähmaschine** sucht zu kaufen 11543
Feyer, Danzigstr. 104

Treibriemen

für die jetzige Dreschzeit empfehlen 9764

Ferd. Ziegler & Co., Dworcowa 95.

Ziegelei

schön eingerichtet, tadellose Kessel u. Maschinen, mit Grundfläche zu verkaufen. 11524

Błonia (Werderstr.) 8, p., l.
Telefon 402.

Klaviere

(auch reparaturbedürftige) 11514
kauft **Wojdylak, Jackowskiego 20.** Tel. 287.

Neu angekommene

Modell-Mäntel

aus Sedenplüsch
sind preiswert abzugeben in der 11454

Damenkonfektion, Posenerplatz 4.

Auto (4sitzig)

tadellos erhalten, gegen neue **hochelegante Möbel** zu **tauschen** gesucht. Angebote unter **G. 11533** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Geldschrank, Salonspiegel,

fast neu, eintürig, extra breit, schwarze Umrahmung, billig zu verkaufen. 11501

Cohn, Jana Kaźmierza 1, I.

Zentralheizungskessel

Fabr. **Hainholz,** Hannover, für Fabrik oder Wohnhaus, billig zu verkaufen. 11534

H. Matthes, Möbelfabrik, Garbary 20.

Gleichstrom-Motor

1 bis 1½ P. S. zu kaufen gesucht.
Herb. Matthes, Möbelfabrik, Garbary 20.
11535

60000 Mark

zahle für 9818

alten, künstl., selbst zerbroch. Zahn,

auch im Gebiß, bei mehreren zahle 25 % Aufschlag per Zahn. Kommen Sie u. überzeugen Sie sich. — Bitte sich zu melden im

Dental-Depot „Pomorze"

ul. Sniadeckich 33 (Ecke Dworcowa). Tel. 872.
Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
P. S. Bitte die genaue Adresse zu beachten.

Feldschmiede

zu kaufen gesucht. Angebote unter **F. 11532** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Größere Posten

Fabrikkartoffeln

zu kaufen gesucht.

Bevorzugt wird **„Woltmann".**

Offerten unter **N. 10015** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kochobst, Aepfel

in kleineren Mengen, auch waggonweise, kauft 9327

Marmeladenfabrik,
Bydgoszcz, Zduny 13. Telefon 1410.

Nähmaschine

(Singer), wenig gebr., für 20 Million. z. verk. Zu erfr. bei **„Goniec",** Dworcowa 52. 9992

Ankauf von:

Pelzsachen Teppichen und Antiquitäten.

H. Pawłowski,
Wełniany Rynek 10
(Wollmarkt). 11352

Opossumpelz,

ohne Bez., f. H., **Fehwamme,** Muff u. Krg. f. j. Mädchen, **Nutria Mütze u. Krg.** f. Knb., **Nerz Mütze u. Krg.** f. H., **Puppenherd** m. Nickeltöpfen, alles aus gutem Hause, **tausche geg. landw. Erzeugnisse.** Anfr. u. **U. 11500** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gold. Herren-Uhr

und **Brillant-Ring** aus Privathand zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote u. **H. 11537** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

---

2 getr. Gehröcke kauft 11505
R. Becker, Dworcowa 7

Gold, Silber, Platin, Kristall, Porzellan, Stil-Möbel, Kunst-Gegenstde., antike Sach. jeglicher Art 10027
kauft und nimmt in Kommission zu günstigen Bedingungen
Handelshaus Antoni-Adam Bcia. Pioro,
Plac Wolności 1.

Gold,

Silber, Platin kauft ständig f. eigen. Bedarf,
Platinzähne
100000 Mk. u. mehr
Paul Bowski,
Dentist, 10028
Mostowa (Brückenst.) 10

Gut erhaltener
Kinderwagen
Marke „Brennabor", zu verkaufen. 11539
Kordeckiego (Hippelstr.) 19, III.

Fahrrad und **Wolfshund** sehr wachs. z. verk. 11502
Racławicka 19. II., r.

Suche eis. Fenster

ungef. 1×2 m, 10—15 Stück. **Węclewski,**
11512 Sienkiewicza 20.

Motorriemen

6½ m, verkauft 11521
Peplowski, Orla 12.

---

3 Spar-kachelöfen

niedrig, gebraucht, zu kaufen gesucht. 11523
ul. Błonia 8, I
(Werderstr.)

---

1 Drillmaschine, 1 Kartoffelausmachemaschine 1 Zweischarpflug, so gut wie neu, zu verkauf. Anfr. u. **C. 11527** an die Geschäftsst. d. Bl.

Butterknetmaschine

gebraucht, kauft 10022
Dom. Sienno,
poczta Kotomierz.

Kaufe alles, was Sie verkaufen wollen und zahle auch den gewünscht. Preis in jeder Form. Eiloffert. unter **K. 11541** a. d. Gesch. d. Z.

Frauenhaar

kauft 9793
Haargeschäft Puppenklinik
Bydgoszcz, Dworc. 15.

Zeitungspapier

kauft ständig 8771
F. Kreski, Bydgoszcz.

Kies

grobkörnig, sucht zu kaufen und erbittet Angebote. 9905
J. Pietschmann,
Bydgoszcz,
Dachpappenfabrik,
Grudziądzka 8. Tel. 82.

Pachtungen

Suche zu pacht. ein gutgeh. Gesch.

gleichgültig welch. Br. Gefl. Off. u. **G. 11318** an die Gschst. d. Ztg.

Dt. Landwirt sucht eine

Landwirtschaft

von 10—80 Morgen zu pachten. Zu erfr. in der Gschst. d. Ztg. 11513

Wohnungen

In Mietsstreitigkeiten
sowie Schriftsätzen jeglicher Art erteilt Rat und Hilfe 9769
Z. Gruszczyński, ul. Gdańska 162, II. Etg.

Solventer Reflektant sucht von sofort eine

4—6-Zimmer-Wohnung

mit teilweiser od. vollständiger Einrichtung. Einverständn. d. Hauswirts Bedingung. Gefl. Offert. unter **N. 10031** an die Geschäftsstelle dieser Zeitg. erbeten.

Suche umgehend eine

3-6-Zim.-Wohng.

oder tausche gegen eine 4-Zimmerwohnung in einer Villa in Inowrocław. Off. an **„Par",** Dworc. 18, u. **Nr. 264.**
10030

5-Zimmer-Wohng., schön geleg., i. **Starogard** geg. 3-4-Zimm.-**Wohng.** in **Bydgoszcz**

zu tauschen ges.

Off. erb. unt. **T. 11499** a. d. Geschäftsst. d. Z.

---

1 Zimmer m. Kochgel. o. m. Küche für 2 Pers. geg. Vereinb. sofort gesucht. Off. u. **L. 10011** a. d. Gst. d. Bl.

11339 **1 Speicher**

zu mieten gesucht. Off. unter **Nr. 4081** an Annonc.-Exped. **C. B. „Expreß",** Jagiellońska

---

Möbl. Zimmer

mögl. Sw. Trójcy, per 15. 10. 23 gesucht. Off. unter **C. 9965** an die Gschst. d. Ztg. erbeten.

Jung. Bankbeamter s. vom 15. d. M. freundl.

möbl. Zimmer.

Offert. unter **O. 11481** an die Gschst. d. Ztg.

---

2 einf. möbl. oder leere Zimmer

m. Kochgel. od. Küchenbenutzung f. kl. Fam. (ält. Leute) sof. zu miet. ges. Preisoff. erb. unt. **O. 10016** a. d. Gst. d. Z.

Jge. D., Beamtin, s.

Zimmer mit **Pension**

i. d. N. Jagiellońska. Off. unt. **3 11518** a. d. Geschäftsstelle dies. Zt.

Beamtin sucht

möbl. Zimmer.

Preis nach Vereinbarg. Off. u. **W. 11517** a. G. d. Z.

Möbl. Zimmer von berufst. Dame, evtl. m. Mittagst. v. sof. o. sp. ges. Off. u. **M. 11543** a. d. Gst.

Möbl. Zimmer z. v. 11506 z. erfr. i. d. Gschft. d. Zt.

Schlafstelle zu verm. **Chwytowo** (Brunnenstraße) 13 a, 2 Tr., l. 11538

Möbl. Zimmer

Frdl. möbl. Zimmer mit Mittagstisch od. Küchenbenutz. v. berufstät. Dame ges. Offert. u. **B. 11429** a. d. Gst. d. Z.

Pensionen

Bessere Herren finden

gut. Mittagstisch.

Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg. 11549

Das Alte — immer das Beste!

Rauchen Sie

„Pola" bester Zigarettentabak in Blechpackung der Firma: 1923

Legionka-Tabak :: Amator-Baska-Shag

Jul. Król, Bydgoszcz.

Anerkannt gute Fabrikate.

Ueberall erhältlich!

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 233.

Bromberg, Freitag den 12. Oktober 1923.

Pommerellen.

11. Oktober.

Graudenz (Grudziądz).

□ **Die Mietverhältnisse** zeitigen auch hier in einzelnen Fällen unerfreuliche Folgen, wobei bald die eine, bald die andere Partei unzeitgemäße Forderungen oder Angebote stellt. So hören wir zu B. von einem Fall, wonach ein Herr für eine Fünfzimmerwohnung 15 000 M. monatlich bot, während er bis dahin ebensoviel für ein Zimmer zahlte. Die Mieteingänge mancher Hausbesitzer sind in Anbetracht der steigenden Geldentwertung so gering, daß manche von ihnen gezwungen sind, ihren Besitz loszuschlagen und dann vom Erlöse zu leben. *

* **Straferlaß.** Der Pferdehändler Maksymiljan Strzelecki aus Schwetz hat zwei, Herrn Walentyn Bestyna gehörige, zusammen über die Summe von 5 950 000 Mark lautende Wechsel in der Absicht, B. zu schädigen, zerrissen. Dafür ist St. vom Friedensgericht in Schwetz zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Seine gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde zwar verworfen, ihm aber auf Grund des Amnestiegesetzes die Hälfte der Strafe erlassen. *

A. **Kohlen für Eisenbahner.** In den letzten Tagen wurden große Mengen Kohlen von der Eisenbahnverwaltung an Beamte und Angestellte als Winterbedarf zum stark ermäßigten Preise abgegeben. Die Bahnverwaltung hat große Vorräte an Kohlen auf dem Lagerplatz an der Bahnhofstraße aufgestapelt, die von Wächtern mit geladenem Gewehr bewacht werden. *

A. **Manche Waren** sind im Laufe der letzten zwei Tage um 100 Prozent im Preise erhöht worden. Salz, das 8000 M. kostete, muß jetzt mit 16 000 M. bezahlt werden. In wenigen Tagen ist der Brotpreis auf 35 000 M. in die Höhe geschnellt.

* **Deutsche Bühne.** Der Spielplan für die ersten Vorstellungen der neuen Spielzeit ist wie folgt festgesetzt: Sonntag, 14. Oktober Eröffnungsvorstellung: „Die versunkene Glocke" von Gerhard Hauptmann, Mittwoch, 17. Oktober, und Sonntag, 21. Oktober dasselbe Drama. *

Thorn (Toruń).

‡ **Erhöhung des Wasserzinses.** Laut Magistratsbeschluß vom 4. d. M. ist der Preis für ein Kubikmeter Wasser auf 7000 Mark heraufgesetzt worden, gültig von der letzten Ablesung der Wassermesser. **

‡ **Die Brotpreiserhöhungen überstürzen sich.** Nachdem wir am 3. d. M. die vorletzte und am 9. die letzte Erhöhung gemeldet hatten, müssen wir heute mitteilen, daß der Preis für ein Vierpfundbrot auf 48 000 (achtundvierzigtausend) Mark gesprungen ist. Von dem gröberen Brote kostet ein Pfund neuerdings 10 000 Mark. Der Preis für eine Semmel stellt sich auf 1700 Mark. Mit weiteren Preiserhöhungen ist zu rechnen. **

‡ **Von der Weichsel bei Thorn.** Das Wasser ist um weitere zehn Zentimeter gestiegen und stand Mittwoch früh auf 0,39 Meter über Null. — Der hier liegende Regierungsdampfer aus Wloclawek fuhr Dienstag dorthin zurück. Eingetroffen sind zwei Traften, abgeschwommen ist eine. **

* **Mordprozeß.** Am Dienstag kam vor der 2, Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der vor drei Jahren verübte Mord an der Familie Müller-Brukow, Kreis Schwetz, zur Verhandlung. Die Bluttat wurde von einem gewissen Alexander Urbanowski (27 Jahre alt) und seiner Braut Barc (24 Jahre alt) verübt, um durch Raubmord Geld zur Beschaffung einer guten Aussteuer zu erlangen. Der Kriminalpolizei gelang es aber bald, die Mörder zu ergreifen, und im Jahre 1921 wurde Urbanowski zweimal zum Tode verurteilt. Da er im Weltkriege einen Kopfschuß erhalten hatte, so wurde er auf Antrag der Verteidigung zur geistigen Beobachtung nach der Irrenanstalt Schwetz übergeführt. Von dort rückte er jedoch aus, wurde aber bald wieder verhaftet und wieder dem Gericht übergeben. Bei der jetzigen Verhandlung stellte die Verteidigung wiederum den Antrag auf Prüfung der geistigen Zurechnungsfähigkeit des U. und die hinzugezogenen Ärzte Dr. Debowski und Dr. Trzaska traten ebenfalls für eine solche Beobachtung ein, worauf der Gerichtshof entsprechend beschloß. Die neue Verhandlung findet im Dezember statt. **

‡ **Zum Tode verurteilt.** Im Jahre 1921 erschoß ein gewisser Lange aus Cegielnik (Ziegelwiese), Kreis Thorn, gegen den wegen einer Strafsache ein Haftbefehl vorlag, den Gemeindevorsteher des Ortes namens Becker, als dieser zu seiner Verhaftung schreiten wollte. L. hatte sich in einem Hause verbarrikadiert und feuerte dann auch auf die alarmierte Gendarmerie. Schließlich gelang seine Festnahme. Der hiesige Sad Okręgowy (Bezirksgericht) verurteilte ihn in demselben Jahre zum Tode und zu mehreren Jahren Gefängnis. Gegen dieses Urteil wurde Revision eingelegt mit dem Erfolge, daß der Oberste Gerichtshof in Warschau es rückgängig machte und eine neue Verhandlung anordnete. Diese fand nun in der vergangenen Woche statt. Nach umfangreichen Zeugenvernehmungen und nachdem auch der Verteidiger Langes zu Worte gekommen war, erkannte der Gerichtshof auf Todesstrafe und auf eine Gefängnisstrafe von 7⅓ Jahren. **

‡ **Pferdediebstahl.** Dem Besitzer Strauß in Argenau (Gniewkowo zwischen Thorn und Inowrocław) wurde ein dreijähriger Wallach von schmutzig-weißer Farbe gestohlen. **

* **Berent (Kościerzyna)**, 10. Oktober. Zu der Preisfestsetzung für Brot gibt der Starost bekannt: „Es ist festgestellt, daß Bäcker bei der Kalkulation gegen die Norm „der Preis eines Pfundes Brot gleich dem Preise eines Pfundes Mehl" verstoßen und höhere Preise nehmen. Gegen jeden Bäcker, der nach dieser Kalkulation zu hohe Preise nimmt, wird gerichtlich vorgegangen werden."

* **Dirschau (Tczew)**, 10. Oktober. Hier war für einen der nächsten Tage eine Opernaufführung Danziger Künstler geplant und angekündigt. Sie muß aber ausfallen, da bis heute nur 10 Theaterkarten verkauft worden waren. Auch ein Zeichen der Zeit! — Eine sehr wesentliche Steigerung der Preise aller Artikel machte sich auf dem Wochenmarkt bemerkbar. Die Tafeln mit den Richtpreisen, nach denen sich sowieso kein Verkäufer gerichtet hat, waren heute nicht mehr ausgehängt, und allgemein wurde über die jetzt so scharf einsetzende Teuerung gemurrt. Butter war natürlich wiederum nicht zu haben und Eier wurden in nur geringer Menge zum Preise von 100 000 Mark die Mandel angeboten.

—* **Strasburg (Brodnica)**, 10. Oktober. Am 16. Oktober findet in Nieżywięc (Niezywienz) ein Kram-, Vieh- und Pferdemarkt statt.

Aus der Freistadt Danzig.

* **Danzig**, 9. Oktober. Ein großes Hehlernest wurde hier von der Kriminalpolizei ausgehoben. Beschlagnahmt wurden: Reiseplaids, Kleider- und Oberhemdenstoffe, Oberhemden, Nachthemden, Seidenstoffe, Chaiselonguedecken, Schuhe, Tischdecken, Damenwäsche, Gardinen, Felle, Rasierklingen, eine Geige, ein Damenfahrrad u. a. m.

Die Aussichten der neuen Zuckerkampagne.

Über die Aussichten der neuen Zuckerkampagne teilt der Oberste Rat der polnischen Zuckerindustrie folgendes mit:

Die Schätzung der künftigen Zuckerproduktion stützt sich auf genaue und spezielle Angaben aller Zuckerfabriken über den Ernteertrag und Zuckergehalt der Rüben. Danach wird sich voraussichtlich die Erzeugung auf über 36 000 Waggons belaufen. Die Zuckerindustrie rechnet nur mit einem Ertrage von 34 000 Waggons. Davon sind für den Verbrauch im Inlande bestimmt 22 000 Waggons und 12 000 für die Ausfuhr. Es ist nicht wahr, daß die Regierung die Ausfuhr von 120 000 Waggons Zucker genehmigt hat, wodurch Zuckernot im Lande herbeigeführt würde. Das Wirtschaftskomitee des Ministerrates hat vielmehr bestimmt, daß für den Verbrauch im Inlande in jedem Falle 22 000 Waggons zu reservieren sind. Sollte die Produktion weniger als 34 000 Waggons ergeben, so hätte die Zuckerindustrie das Ausfuhrquantum herabzusetzen.

Kleine Rundschau.

* **General Kuropatkin**, der im vorigen Jahre totgesagt worden ist — er sollte in Turkestan ermordet worden sein —, soll nach der Moskauer „Krasnaja Gaz" am Leben sein und auf seiner Besitzung Szeszurny im Pskower Gouvernement wohnen. General Kuropatkin war, wie erinnerlich, russischer Oberbefehlshaber im Kriege mit Japan.

* **Der Chicago-Expreß in einen Fluß gestürzt.** Aus Gasper in den Vereinigten Staaten wird gemeldet: Auf der Eisenbahnlinie Chicago—Burlington ereignete sich ein schwerer Eisenbahnunfall. Eine über den Bigmuddyfluß führende Brücke brach zusammen in dem Augenblick, als ein Schnellzug sie passierte. Fünf Wagen fielen in den Fluß. Es gelang einigen Reisenden, sich durch die Fenster auf die Dächer der Wagen zu retten, wo sie aber von der heftigen Strömung fortgerissen wurden. Ein schweres Gewitter, das kurz vor dem Unglück ausgebrochen war, hatte jede telgraphische Verbindung nach der Unglücksstelle unterbrochen. Man glaubt, daß etwa 50 Personen ertrunken und etwa 20 verletzt worden sind. Ein offizieller Bericht der Eisenbahnverwaltung erklärt, daß das Unglück dadurch entstanden sei, daß die Pfeiler der Brücke durch langandauernde Regenfälle zermürbt worden sind.

* **Leichenliebe.** Vor einiger Zeit erregte die Nachricht großes Aufsehen, daß in Schleißheim (Bayern) ein Mann, der inzwischen verhaftet wurde, nachts in das Leichenhaus eingedrungen ist, wenn er wußte, daß sich weibliche Leichen dort befanden. Nun ist ein ähnlicher, noch schwererer Fall in der litauischen Hauptstadt Kowno vorgekommen. An verschiedenen Morgen bemerkte man auf dem katholischen Friedhof ausgegrabene und geöffnete Särge. Schließlich gelang es der Polizei, den Täter zu überraschen und festzunehmen. Verhör und Untersuchung ergaben, daß der 51 Jahre alte Mann, der schon 1918 wegen ähnlicher Vergehen eine Gefängnisstrafe abgebüßt hat, frische Gräber verstorbener Frauen zu öffnen pflegte. Es handelt sich um einen krassen Fall von Nekrophilie (Leichenliebe), wobei der Verhaftete die Leichen blonder junger Mädchen bevorzugte und mit den Schmucksachen, die den Leichen älterer Frauen entnommen waren, schmückte.

* **Goethe über die Papiergeldflut.** In Eckermanns „Gesprächen mit Goethe" findet sich folgende, zeitgemäße Stelle (10. Februar 1830): „Goethe lenkte das Gespräch auf andere Erinnerungen seiner früheren Zeit. Er sprach über sein geringes Vertrauen zum Papiergelde und welche Erfahrungen er in dieser Art gemacht. Als Bestätigung erzählte er uns eine Anekdote von Grimm, und zwar aus der Zeit der französischen Revolution, wo dieser, es in Paris nicht mehr für sicher haltend, wieder nach Deutschland zurückgekehrt war. „Wir waren", sagte Goethe, „eines Tages bei Grimm zu Tische. Ich weiß nicht mehr, wie das Gespräch es herbeiführte, genug, Grimm rief mit einem Male: „Ich wette, daß kein Monarch in Europa ein Paar so kostbare Handmanschetten besitzt als ich, und daß keiner einen so hohen Preis dafür bezahlt hat, als ich es habe . . . ." Wir versuchten es, sie zu schätzen, konnten sie jedoch nicht höher halten als etwa zu hundert bis zweihundert Louisdor. Grimm lachte und rief: „Ihr seid sehr weit vom Ziele! Ich habe sie mit zweimalhundertundfünfzigtausend Franken bezahlt und war noch glücklich, meine Assignaten so gut angebracht zu haben. Am nächsten Tage galten sie keinen Groschen mehr."

Handels-Rundschau.

Erhöhung des Zollmultiplikators. Der „Gazeta Warsz." zufolge wird in den nächsten Tagen der Zollmultiplikator erneut erhöht werden. Der Normalmutiplikator soll danach 81 000, der ermäßigte 60 000 betragen.

Die polnische Ausfuhr nach Österreich ist im Vergleich zum Jahre 1921 in letzter Zeit bedeutend gestiegen, so daß Polen bereits den ersten Platz in der Versorgung Österreichs mit Kohle und Petroleumerzeugnissen einnimmt. Ziemlich gering ist noch der Export von Lebensmitteln, bedeutend dagegen die Ausfuhr von Textilwaren und chemischen Erzeugnissen. Der Export von Baumwollgeweben ist von 165 Meterzentner im Jahre 1921 auf 2266 Meterzentner im Jahre 1922 gestiegen. Noch erheblicher war der Export von Wollwaren. Diese Angaben sind deshalb bereits aktuell, weil anläßlich der kürzlichen Besuchsreise des österreichischen Kanzlers Seipel nach Warschau ein neues Wirtschaftsabkommen zwischen den beiden Ländern vorbereitet, bzw. zum Teil schon unterzeichnet worden ist.

Die Kursbewegung des Tscherwonez. Der Tscherwonezkurs steigt bedeutend schneller als der Kurs des Dollars und des Pfundes. So stieg er vom 1. Juni bis zum 1. Juli um 33,3 Prozent, dagegen das Pfund um 13,7 Prozent und der Dollar um 10,1 Prozent. Vom 1. Juli bis zum 1. August stieg der Tscherwonez um 47,4 Prozent, das Pfund um 45 Prozent und der Dollar um 44,2 Prozent. Im Laufe des August stieg der Tscherwonez um 78,6 Prozent, der Dollar um 77 Prozent und das Pfund um 76,9 Prozent. Der Unterschied des Aufstiegtempos des Warenindex und des Tscherwonez wird immer geringer. Der Warenindex stieg im Vergleich zum Tscherwonezkurs im August um 2 Prozent. Dies bedeutet, daß die Warenpreise, die in Tscherwonez ausgezeichnet sind, nur um 2 Prozent gestiegen sind. Dagegen blieb der Dollar- und Pfundkurs um 4 Prozent hinter dem Index zurück.

Materialienmarkt.

Leder und Häute. Posen, 9. Oktober. In tausend Mark: Gesalzene Rinderhaut das Pfund 65, getrocknete 100, eine Kalbshaut, gesalzen 750, getrocknet 450, ein Pfund gesalzene Schafshaut 35, ungeschorene und getrocknete 65, geschorene und getrocknete 75, eine gesalzene Pferdehaut 1500, getrocknete 1300, eine gesalzene Ziegenhaut 650, ein Winterhasenfell 35, ein Kaninchenfell 70, ein Sommerrehfell 75, ein Fohlenfell 300, ein Katzenfell 50, ein Zickleinfell 40, ein Lammfell 15.

Metalle. Warschau, 9. Oktober. Die Vereinigung der polnischen Eisenhütten hat für die Zeit vom 9. d. M. bis auf weiteres folgende Preise für Walzware festgesetzt: Handelseisen 22 500 in Mengen über 60 Tonnen; bei kleineren Mengen ist der Preis 2 Prozent höher; Bandeisen, kalt gewalzt 43 200, warm gewalzt 26 200, Draht 28 200, Blech 31 000, Universaleisen 27 200. Alle Preise verstehen sich für ein Kilogramm loko Hütte in Waggonladungen. Zu diesen Festsetzungen werden die Erhöhungen hinzugerechnet, die am Tage des Versandes gültig sind.

Kirchl. Nachrichten. Sonntag, den 14. Okt. 1923. **St. Georgen-Kirche.** Vorm. 9: Gottesdienst. **Neust. evgl. Kirche.** Vorm. 10¼ Uhr: Gottesdienst. 11¼ Uhr: Kdr.-Gottesdienst. Nachm. 4 Uhr: Jugendversammlg., Bäckerstr. 20. Freitag, d. 12. Okt., abds. 7½ Uhr: Versammlung der weibl. Jugend, Bäckerstr. 20, Pf. Heuer. **Podgorz.** Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst Pfarrer Schönjan. **Gurske.** Vorm. 10 Uhr: Lesegottesdienst. **Gr. Bösendorf.** Nchm. 3 Uhr: Gottesdienst, Pf. Anuschek. **Neubruch.** Vorm. 10: Gottesdienst mit Abendmahlsfeier, Pf. Anuschek.

Kleine Rundschau.

* **Sechzig Opfer einer Panik.** In Kiew brach während des Gottesdienstes in einer Synagoge eine Panik aus, da das Licht plötzlich erlosch. Bei dem wilden Gedränge kamen 60 Juden ums Leben.

* **Der letzte Gardist der Zarin Katharina gestorben.** Einer Nachricht der finnländischen Presse zufolge ist in Potock an der litauischen Grenze ein Landmann gestorben, der ein Alter von 148 Jahren erreicht haben soll (?). Er ist angeblich im Jahre 1775 geboren, war Soldat in der Armee der Zarin Katharina II. und hat die Schlachten bei Austerlitz, Friedland und Borodino mitgemacht. Mit 93 Jahren hatte er sich zum dritten Male verheiratet. Bei seinem Tode soll er körperlich und geistig noch vollkommen rüstig gewesen sein.

* **Zeit und Traum.** Es ist eine alte Erfahrung, daß man im Traum große Zeiträume durchlebt, die in Wirklichkeit ganz gering sind. Ein interessantes Beispiel dafür führt Oberregierungsbaurat Napp in der „Umschau" an: „An einem heißen Sommertage", schreibt er, „bereiste ich zu Wagen die Landstraße zwecks Prüfung ihres Zustandes. Drückende Schwüle verursachte das Gefühl der Schläfrigkeit. Trotz Widerstandes verfiel ich, als ich gerade noch von der nahen Turmuhr die ersten Schläge der mittägigen Stunde vernahm, in Schlaf — und träumte einen langen Traum: Man habe mich wegen eines von mir begangenen Verbrechens verhaftet. Ich werde in einer langen Gerichtsverhandlung zur Strafe verurteilt. Ich erwachte, als von der gleichen Turmuhr soeben noch die letzten Schläge herübertönten."

Handels-Rundschau.

Günstiges Betriebsresultat der österreichischen Bundesbahnen. Aus Wien, 1. Oktober, wird gemeldet: Der Betriebsabgang der österreichischen Bundesbahnen im August 1923 stellt sich nach den provisorisch ermittelten Ziffern um 19,6 Milliarden günstiger, als er im Voranschlag aufgestellt ist. Nach den nunmehr ermittelten endgültigen Ziffern der Verkehrseinnahmen der österreichischen Bundesbahnen im Mai 1923 hat die endgültige Verrechnung eine Erhöhung um 20,4 Milliarden von 157½ auf 177,9 Milliarden erfahren.

Geldmarkt.

Die polnische Mark am 10. Oktober. Es wurden gezahlt für 100 Polenmark: in Danzig 498 750,50—501 250; in Zürich 0,0005.

Warschauer Börse vom 10. Oktober. Schecks und Umsätze: Belgien 39 000—35 500, Danzig und Berlin 0,0002, London 3 500 000 bis 3 150 000, Neuyork 690 000, Paris 46 000—41 850, Prag 21 750 bis 20 700, Wien 10,98—9,80, Schweiz 139 000—124 000, Italien 34 800—31 400. — Devisen (Barzahlung und Umsätze): Dollar der Vereinigten Staaten 690 000.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 10. Oktober. Banknoten: 1 amerik. Dollar 3 391 500 000 Geld, 3 408 500 000 Brief, 100 polnische Mark 498 750,50 Geld, 501 250 Brief. Tl. Ausz.: 1 Pfund Sterling 16 209 375 000 Geld, 16 290 625 000 Brief, Holl. 1 Gulden 1 406 475 000 Geld, 1 413 525 000 Brief. Verkehrsfreier Scheck: Warschau 448 875 Geld, 451 250 Brief.

Schlußkurse vom 10. Oktober. Danziger Börse: Dollar 3 400 000 000, Pfund Sterling 16 250 000 000, Polennoten 500 000; im Abendfreiverkehr der Dollar 6—7 Milliarden.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen in Mark	10. Oktober Geld	10. Oktober Brief	9. Oktober Geld	9. Oktober Brief
Holland 1 Gld.	1162087500	1167912500	473812500	476187500
Buen.-Air. Pes.	969570000	974430000	394012500	395987500
Belgien 1 Frcs.	154612500	115387500	63840000	651500000
Norwegen Kr.	458850000	461150000	189525000	190475000
Dänemark Kr.	520695000	523665000	211497000	212503000
Schweden Kr.	787037500	786962500	319200000	320800000
Finnland 1 Mk.	79800000	80200000	32718000	32887000
Italien 1 Lire	134662500	135337500	54563500	54736500
England Pf. St.	13466225000	13533750000	5486250000	5513750000
Amerika 1 Doll.	2967562500	2982437500	1197000000	1203000000
Frankreich Fr.	181545000	182455000	72817500	73182500
Schweiz 1 Frc.	528675000	431325000	215460000	216540000
Spanien 1 Pes.	402980000	405010000	162592500	163407500
Tokio 1 Yen	1471312500	1478697500	593512500	596487500
Rio de Jan. 1 Milreis	284287500	285712500	115710000	116290000
Dtsch.-Oesterr. 100 Kr. abgest.	4189500	42105000	1715700	1724300
Prag 1 Krone	89700000	90250000	36109500	36290500
Budapest 1 Kr.	159600	160400	64837	65163

Züricher Börse vom 10. Oktober. (Amtliche Notierungen.) Warschau 0,0005, Neuyork 5,58, London 25 42, Paris 34,30, Wien 0,0078¾, Prag 16,80, Italien 25,50, Belgien 28,85, Berlin (für eine Milliarde) 4.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für eine Million deutsche Mark 170, 1 Goldmark 140 100, 1 Silbermark 59 200, 1 Dollar, große Scheine 690 000, kleine 683 100, 1 Pfund Sterling 3 300 000, 1 franz. Franken 44 400, 1 Schweizer Franken 130 000, 1 Zloty 50 800.

Produktenmarkt.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer in der Zeit vom 8. Oktbr. bis 10. Oktbr. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) Weizen 1 900 000—2 150 000 Mk., Roggen 1 100 000—1 200 000 M., Futtergerste — M., Braugerste 1 200 000 bis 1 350 000 M., Felderbsen —,— bis —,— M., Viktoriaerbsen —,— bis —,— M., Hafer 850 000—1 000 000 M., Fabrikkartoffeln 180 000—190 000 M., Speisekartoffeln —,— M., Weizenmehl 70% (inkl. Sack) —, Roggenmehl 70% (inkl. Sack) 2 100 000—2 200 000 M., Weizenkleie 760 000 M., Roggenkleie 700 000 M.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 10. Oktober. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilogr. = Doppelzentner bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Roggen 1 100 000—1 200 000 M., Weizen 2 000 000—2 200 000 M., Gerste 1 000 000—1 100 000 M., Brauereigerste 1 300 000—1 400 000 M., Hafer 900 000—1 000 000 M., Roggenmehl 2 000 000—2 200 000 M., Weizenmehl 3 300 000—3 600 000 M. (inkl. Säcke), Roggenkleie 680 000 M., Weizenkleie 720 000 M., Eßkartoffeln 200 000—220 000 M., Fabrikkartoffeln 160 000—180 000 M., Roggenstroh, lose 90 000 bis 100 000 M., do. gepr. 125 000—140 000 M., Heu, lose 125 000 bis 140 000 M., do. gepr. 160 000—180 000 M. Marktsituation unverändert. Tendenz etwas schwächer.

Danziger Getreidenotierung (amtlich) vom 10. Oktober. Weizen unverändert, Roggen 0,92½—0,97½, schwächer, Gerste, Hafer unverändert.

Berliner Produktenbericht vom 10. Oktober. Amtliche Produktennotierungen per 50 Kg. ab Stataion. Weizen ohne Angebot, Roggen, märkischer 3600—3800 Millionen, steigend, Sommergerste, märkische 38—4000 Millionen, steigend, Hafer märkischer 3200 bis 3300 Millionen, steigend, Weizenmehl 12—13 Milliarden, steigend, Roggenmehl 11—12 Milliarden, steigend, Weizenkleie 1200—1300, steigend.

Materialienmarkt.

Edelmetalle. Warschau, 10. Oktober. Für ein Gramm reines Metall wurde im freien Verkehr in tausend Mark gezahlt: Gold 620—630, Handelsplatin 2700—2750, Silber 18, ein Silberrubel 270. Tendenz ruhig.

Metalle. Warschau, 10. Oktober. Der polnische Hüttenverband setzte für die Zeit vom 8. bis 14. Oktober folgende Preise für 1 Kg. Gußeisen loko Hütte fest: Nr. 0 — 23 750, Nr. 1 — 21 100, Nr. 2 — 19 350, Marten-Eisen 17 600.

Berliner Metallbörse vom 10. Oktober. Preis für 1 Kg. in Millionen Mark. Raffinadekupfer (99—993 Prozent) 1100—1150, Originalhüttenweichblei 440—470, Hüttenrohzink (im freien Verkehr) 580—610, Remalted Plattenzink 460—480, Originalh.-Alum. (98—99 Prozent) in Blöcken, Walz- oder Drahtb. 2000—2200,, Bankazinn, Straitszinn und Australzinn 3800—4000, Hüttenzinn (mind. 99 Prozent) 3600—3800, Reinnickel (98—99 Prozent) 2000—2200, Antimon (Regulus) 460—480, Silber in Barren, ca. 900 f. f. 1 Kg. 79 000—81 000.

Viehmarkt.

Posener Viehmarkt vom 10. Oktober. (Ohne Gewähr). Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

Rinder: 1. Sorte 5 800 000—6 000 000 M., 2. Sorte 5 000 000 bis 5 200 000 M., 3. Sorte 4 000 000 M. — **Kälber:** 1. Sorte 7 200 000 M., 2. Sorte 6 400 000—6 600 000 M., 3. Sorte 5 400 000 bis 5 800 000 M. — **Schafe:** 1. Sorte 4 900 000—5 000 000 M., 2. Sorte 4 200 000—4 400 000, 3. Sorte 3 400 000—3 600 000. **Schweine:** 1. Sorte 9 800 000 M., 2. Sorte 8 800 000—8 900 000 M., 3. Sorte 7 600 000 bis 8 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 7 Ochsen, 95 Bullen, 163 Kühe, 226 Kälber 1005 Schweine, 130 Schafe, 33 Ziegen. — Tendenz: sehr lebhaft,

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 10. Oktober 1923 bei Toruń (Thorn) + 0,38, Fordon + 0,18, Chełmno (Culm) — 0,12, Grudziądz (Graudenz) + 0,19, Kurzebrack + 0,54, Piekel — 0,13, Tczew (Dirschau) — 0,08, Einlage + 2,26, Schiewenhorst + 2,50, Zawichost am 9. Oktober + 2,17, Krakow am 9. Oktober — 1,16, Warszawa am 9. Oktober + 1,40, Plock am 8. Oktober + 1,50 Meter.

Warnung.

Um dem Geschwätz ein Ende zu machen, gebe ich hiermit bekannt, daß meine Waren-, Handels- und Agentur-Abteilung das Handelspatent I. Klasse schon immer besessen hat, daß sämtliche mir beschlagnahmt gewesenen Waren, ganz gleich welche, ohne Ausnahme freigegeben worden sind, der eine Artikel früher, der andere später. Nie ist mir etwas behördlicherseits verkauft worden, weder jetzt noch früher. Gute Freunde haben wahre Legenden aus Mißgunst oder anderen niederen Motiven über mich erdichtet bezw. verbreitet, und werde ich von nun an jeden Verleumder der Staatsanwaltschaft übergeben.

Ich gebe diesen meinen guten Freunden den wohlgemeinten Rat, die auf diese ehrabschneiderische Tätigkeit verwandte Zeit lieber zu produktiver Arbeit zu verwenden, womit der Allgemeinheit mehr gedient sein dürfte.

Antoni Pilinski.

Bydgoszcz, den 8. Oktober 1923. 10030

Bekanntmachung.

Den Stromabnehmern zur Kenntnis, daß mit Genehmigung des Magistrats folgende Strompreise erhoben werden: 10034

Für Licht per kWh . . . 26 000,— Mk.,
„ Kraft „ „ . . . 23 000,— „

Kinos u. Kabaretts haben einen Zuschlag von 100 % zu zahlen.

Die neuen Preise kommen für den im Laufe des Monats Oktober festgestellten Stromverbrauch zur Anwendung.

Ab 12. d. M. betragen die Straßenbahnfahrpreise:

Für Erwachsene . . . 5 000 Mk.,
„ Kinder . . . . . 2500 „

Im Nachtverkehr wird ein Zuschlag von 100 % erhoben.

Bydgoszcz, den 11. Oktober 1923.

Tramwaje i Elektrownie.